

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 21. Januar 1904.

№ 8.

Zum Schriftgießerstreik in Leipzig.

„Vor Paris nichts neues!“ Diesen stereotypen Depeschen des General Eugen Anton Theophilus von Bobbielski aus dem Jahre 1870 machte plötzlich am 28. Januar 1871 der große Schlag ein Ende: Paris hat kapituliert! Wenn wir uns auch nicht vermaßen, die Leipziger Schriftgießerbewegung als nächst größten Kampf der Pariser Belagerung an die Seite zu stellen — der Gedanke schon wäre lächerlich —, so trifft doch wenigstens zu, daß von Leipzig-Paris nichts neues zu melden ist und daß vielleicht um das Monatsende Leipzig-Paris kapitulieren wird. Wenn es aber nicht anders sein kann, dann ahmen wir auch den deutschen Truppen von 1871 nach und halten erst am 1. März unsern „Einzug“ in die Gießereien Leipzigs. Aber nicht bloß — wie anno 71 — kombinierte Truppenteile, nein, die ganze Armee wird an diesem Einzuge beteiligt sein. Der Widerstand der betr. Prinzipale ist nur noch ein künstlicher, der Feind kämpft nur noch um einen ehrenvollen Abzug mit Waffen, Fahnen und Gepäck — wir bewilligen sogar noch eine Regimentsmusik, damit die Arbeitswilligen nicht gar so lang- und klanglos in der letzten Parade vor dem Generalissimus Schwarz stehen. Es ist ein ehernes Muß in der Leipziger Schriftgießerbewegung, daß die Prinzipale um die Bewilligung der Gehilsenforderungen nicht herumkommen, ob es aber klug von der französischen Nation war, den Kampf nach Sedan fortzusetzen, diese Frage ist für die Herren Klinkhardt und Genossen so zu formulieren: ob der Widerstand des Gegners auch dann noch zur Geltung zu bringen versucht werden soll, wenn jeder Tag des Kampfes das geschäftliche Leben der betr. Firmen dauernd untergräbt und wenn nicht mehr der Vorbeir des Siegers, sondern die Erhaltung der Existenz gefährdet wird. So wahnhaftig hat sich noch keine Partei im Kriege gezeigt, daß sie den Kampf auch dann noch fortführte, wenn das Kampfobjekt in keinem Verhältnisse mehr zu dem dafür zu zahlenden Preise stand. Bis zur Vernichtung kämpfen wilde Horden fremder Völkerstämme, aber nicht zivilisierte Nationen. Von der Gehilsenschaft ist Vorfrage getroffen, daß selbst bei einem für die Gehilsenschaft ungünstigen Ausgange des Kampfes nicht ein Mann auf der Strecke bleibt, denn für alle Fälle sind unsere Rückzugslinien hinreichend gesichert und unsere Ambulanzen in vorzüglichem Zustande. In dieser Gewißheit und getragen von dem Bewußtsein, alle Mittel erschöpft zu haben, um den Kampf gegenstandslos zu machen, liegen die Truppen wohlgerüstet und mit zäher Ausdauer vor der Weste des Feindes und wenn auch unser Kommandeur noch recht lange depeßiert: „Vor Paris nichts neues“, so kommt doch der Tag, wo der Sezer keinen „Speck“ mehr davon hat, sondern neu sehen muß: Leipzig hat kapituliert!

Wir sind die letzten, die es den Prinzipalen verübeln, wenn sie ihren Widerstand gegen die Gehilsenforderungen aufs äußerste entfalten, denn wenn bei diesen Interessenkämpfen alles so harmlos-gemütlich am Stammtische abzumachen wäre, müßten in Staat und Gesellschaft ganz andere Ver-

hältnisse, eine weit höhere Kultur Platz greifen, so aber leben wir noch in einer Zeit der Währung, des Ringens und Werdens — und in diesem großen Mosaikbilde der sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe ist der Leipziger Schriftgießerstreik nur ein winziges Steinchen. Was wir aber vom zivilisierten Feinde verlangen können, ist, daß er sich nicht völkerrechtswidriger Waffen bedient, daß er nicht mit malajischen Stinktöpfen und Dum-Dum-Geschossen aus der Aktiengesellschaft Chamberlain ins Feld rückt. Solcher Waffen bedienen sich aber die „geistigen“ Anführer der Leipziger Prinzipale, sie müssen sich einzig und allein solcher bedienen, weil ihre loyalen Waffen von den Herren selbst zu Beginn des Kampfes stumpf gemacht worden sind, indem sie den Boden der Wahrhaftigkeit verlassen und den der Unwahrheit, der Irreführung, der Kombination, der Entstellung und der Verdächtigung betreten haben. Wie der Kampf von den Beauftragten der Prinzipale in der Öffentlichkeit geführt wird, haben wir bereits in unserer letzten Artikelserie nachgewiesen und — „nachdem der Löwe Blut geleckt, merkt er wie die Sache steht“ — neuestens sind es wieder die schätzbaren Blätter Leipziger nationalliberaler Richtung, in denen von dem bekannten anonymen Herrn mit der Wahrheit ein grausames Spiel zu treiben versucht wird — und zwar auf Kosten der Gehilsen. Sind das erste Mal die Ausständigen ob der krassen Unwahrheit in den betr. Artikeln zur Tagesordnung übergegangen, so hielt es infolge der wiederholten Verdächtigungen der Streikleitung die letztere für geboten, die Ausständigen zusammenzuberufen und ihnen die Frage vorzulegen, ob die Kommission der Schriftgießergehilsen oder die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und das „Tageblatt“ das Vertrauen der im Kampfe stehenden Schriftgießerearbeiter und Arbeiterinnen verdient. Am 18. Januar — auch ein kritischer Tag erster Ordnung in der Geschichte des deutschen Volkes — vormittags 11 Uhr fand im „Johannistale“ eine vollzählig besuchte, wie immer von ausgezeichnetem Geiste besetzte Versammlung der Ausständigen statt, in der die Kommission über die derzeitige Lage des Streiks Bericht erstattete. Dazu nahm in erster Linie das Wort der Vertrauensmann

Frank, der unter Zugrundelegung der neuesten Kartennachrichten in der bürgerlichen Presse Leipzigs zunächst auf das Verhalten der Gehilsenvertreter in den stattgefundenen Verhandlungen, auf die Verhältnisse in den übrigen Gießereien und die am 13. Dezember abgehaltene Versammlung und ihre Beratungen einging. Wiederholt betonte der Redner, daß zum teile in anderen Gießereien schon eine achtstündige Arbeitszeit bestesse, während die Gehilsenkommission den hiesigen Prinzipalen für die 8 1/2stündige eine Uebergangszeit bis zu einem Jahre anbot, dagegen den zurzeit bestehenden Tarif auf fünf Jahre festzulegen und auch dazu bereit war, für die großen Quanten im Komplettarife eine neue Staffel zu errichten, wonach die Prinzipale billiger produzieren könnten. Die Prinzipale machten aber selbst die Erhöhung des Minimums von 25 auf 27,50 Mk. und die Bewilligung der Gehilingskala von der Voraussetzung abhängig, daß der gesamte bestehende Tarif einer Revision unterzogen werden müßte. Nun hätten aber die Gehilsen gar kein so großes Gewicht auf das Minimum und die Gehilingskala gelegt, weil in praxi schon danach verfahren würde. „Ueber eine Ueberzahl von Gehilings haben wir nicht zu klagen mit Ausnahme einiger Hausgießereien, wo aber mit der Zeit Wandel geschaffen worden wäre.“

Dagegen hätte bei den letzten Verhandlungen die Frage der Eingepfundenen den Hauptpunkt gebildet, weil die Prinzipale erklärten, es mit ihrer Auffassung von Ehre und Moral nicht in Einklang bringen zu können, diese Leute wieder zu entlassen. Die Gehilsenschaft steht aber mit aller Entschiedenheit auf dem Standpunkte, daß geschlossen, wie die Gehilsen die Gießereien verlassen, sie auch wieder zurückkehren würden. Die Gehilsenkommission konnte in diesem Punkte den Prinzipalen keine Konzessionen machen. Wenn seitens der Prinzipale erklärt wird, sie seien zu weiteren Verhandlungen nur dann bereit, wenn ein neuer Tarif beraten und vereinbart werde, so unterschätzt die Prinzipalität die praktischen Erfahrungen, die wir jahrelang mit ihr gemacht haben. Wir wissen sehr wohl, daß diese Tarifrevision nur eine Tarifrevision bedeuten soll. Vor zwei Jahren hat die Prinzipalität eine Reduktion des Komplettarifes geplant und diesen Entwurf haben wir in Händen. Heute heißt es: Es sei nur ein „Ausgleich“ geplant. Weiter wird in den jüngsten Artikeln der „Neuesten Nachrichten“ und des „Tageblatt“ von einem besondern Abkommen mit der Firma Hoffmeister geschrieben. Und zwar, daß aus freiem Ermessen Herr Hoffmeister sich mit seinem Personale geeinigt hätte, daß die bisherige Arbeitszeit gegen besondere Vergütung ebenfalls beibehalten und die übrigen Forderungen stillschweigend fallen gelassen wurden. Wie es damit in Wirklichkeit aussieht, davon legt folgendes Schriftstück Zeugnis ab: „Leipzig, den 5. Januar 1904. Zwischen Herrn Heinrich Hoffmeister, Schriftgießereibesitzer in Leipzig, sowie Herrn Franke, als Vertreter der Kommission der Leipziger Schriftgießergehilsen, und Herrn Eggers, als Vertrauensmann der Gehilsenschaft bei der Firma Heinrich Hoffmeister, ist hinsichtlich des herrschenden Streiks folgendes Abkommen getroffen worden: Die Arbeitszeit ist eine neunstündige, eine halbe Stunde wird jedoch als Ueberstunde bezahlt. Sollte bis zum 1. April der jetzt herrschende Zustand noch nicht beendet sein, so erklärt sich Herr Hoffmeister bereit, die 8 1/2stündige Arbeitszeit einzuführen. Von den ausständigen Gehilsen werden zunächst 15 Gehilsen eingestellt, die übrigen sieben längstens bis zum 1. Februar l. J. Beide Teile, sowohl Herr Hoffmeister wie die Gehilsen, verpflichten sich, das Ergebnis des Streiks auf jeden Fall für sich verbindlich anzuerkennen. Die Arbeit wird unter diesen Bedingungen Donnerstag den 7. d. M. wieder aufgenommen. Heinrich Hoffmeister. Heinrich Franke. Richard Eggers.“ Es ist also nicht wahr, daß Herr Hoffmeister sich aus freiem Ermessen mit seinem Personale geeinigt habe, vielmehr hat das Personal es abgelehnt, andere Vereinbarungen zu schließen, als solche mit ihm und dem Vertrauensmanne der Schriftgießergehilsen Leipzigs zustande kommen. Daraufhin verhandelte Herr Hoffmeister mit den dem genannten Schriftstücke bezeichneten Personen. Die Darstellung der Prinzipale ist somit falsch. Uebrigens ist die Gehilsenschaft bereit, auf dieser Basis mit jeder andern Gießerei Frieden zu schließen. Wenn wir bisher von diesem Schriftstücke und den mit Herrn Hoffmeister gepflogenen Verhandlungen in der Öffentlichkeit keinen Gebrauch gemacht, so geschah dies mehr Herrn Hoffmeister zu Liebe, aber nach den Anzuspinnungen der Prinzipale in den Tagesblättern können wir nicht länger mit dem wahren Sachverhalte zurückhalten. Wenn jetzt die genannte Presse schreibt: „Die Verhältnisse sind dadurch nur noch zerfahrenere geworden, so fragt es sich bloß: Für wen? Für uns sicherlich nicht, wohl aber für die Prinzipale. Die Behauptungen, daß in den übrigen Gießereien mit etwa 60 bis 70 ungelerten Arbeitern der Streik für die Prinzipale keine Bedeutung mehr habe und die Ungelernten immer weiter fortfahren in ihrer technischen Fertigkeit, sind nichts weiter als eitel Fumereien. Die Arbeitswilligen sind nachgerade selbst zu der Erkenntnis ihrer totalen Bedeutungslosigkeit in den Geschäften gekommen und perfizieren bereits in Spottgedichten ihre eigne Arbeit, von denen der Schluß des einen „Gebichtes“ lautet: „... Und friß den Mist!“ Wir haben keinen Anlaß, den Prinzipalen diese Last abzunehmen, sind doch ihre Arbeitswilligen unsere besten Helfer im Kampfe und erklärten uns die eingespungenen Mechaniker usw. doch selbst: „Lassen Sie uns doch stehen, wir schaden Ihnen nicht, wir wissen ganz genau, daß die Arbeit, die wir leisten, nicht verwendbar ist. Wir bekommen unser Geld dafür und Sie brauchen

uns nicht zu unterstützen!" Diese freimütige Erklärung der Arbeitswilligen, die wir auf ihre Nichtigkeit zu prüfen in der Lage sind, wird auch dadurch illustriert, daß z. B. in einem Falle gleich 70 Winkelhaken in die Pflanze zurückwanderten. Daß es eben mit diesem neuen Personale in der Praxis anders aussieht, beweist auch die Tatsache, daß in Berlin und Frankfurt für die Firma Klinhardt Streikarbeit hergestellt wurde, was für die Zukunft die größte Wachsamkeit der Kollegen erfordert. Außerdem wissen wir ganz genau, was in Wirklichkeit alles unerledigt bleibt, daß sich die unerledigten Defekte in großer Anzahl steigern, wie sich die Reklamationen häufen und der Export vollständig ruht. Und da erklären die Prinzipale, daß sie ihre Betriebe genau wie früher aufreht erhalten könnten und kein Interesse mehr an ihrem früheren Personale hätten. Dann heißt es weiter in den Artikeln, daß die Prinzipale so ziemlich alles bewilligt hätten und um dies zu beweisen, werden total unwahre Behauptungen aufgestellt. So namentlich in bezug auf die ungelerten Arbeiter. Hier erklärten die Prinzipale am 12. Dezember, „daß der Punkt IV zweifellos bei eingehender Beratung zu einer Verständigung geführt haben würde". Wie dies nach den Verkaufserlösen möglich sein sollte, welche den Prinzipalen nachgewiesen werden können, ist durchaus nicht zweifellos. Bei den Verhandlungen am 12. November wurde von den Prinzipalen laut Protokoll „zugesehen, daß Nichtschriftgießer, die mindestens ein Alter von zwanzig Jahren erreicht haben, nach Jahresfrist das Minimum des gewissen Geldes zu erhalten haben und als volle Gehilfen angesehen und unter Umständen nach Tarif entlohnt werden sollen." In den neuesten Artikeln ist „unter Umständen" gestrichen und die letzten beiden Worte sind in „werden müßten" umgewandelt worden. Angesichts dieser bewiesenen „Korrekturen" wird von den Prinzipalen behauptet, daß die Streikleitung „das letztere veröffentlicht, das erstere aber unterdrückt". Die heute hier Versammelten mögen daher erklären, ob sie den Behauptungen der Prinzipale oder ihrer Kommission Vertrauen entgegen bringen. Ferner wird in den bewussten Artikeln besprochen, daß im übrigen Deutschland die Forderungen der Gehilfen auf dem Wege einer friedlichen Verständigung eingeführt seien. Als in den ersten Tagen des Jahres 1901 der Dresdener Kongress unsere Forderungen als Norm aufstellte, war es zunächst Berlin, woselbst die Prinzipale angesichts der entschlossenen Haltung der Gehilfen die Forderungen bewilligten, ja das Minimum wurde noch um eine Mark höher, auf 28,50 Mark festgesetzt. Dann folgte Frankfurt a. M., wo aber die Gehilfenschaft die Bewilligung zurückwies, weil das Hilfspersonal davon ausgeschlossen sein sollte. Unterdessen bewilligten die Prinzipale von Hamburg-Altona, München und Stuttgart ohne Kampf, lediglich auf dem Wege der friedlichen Verständigung, die Gehilfenforderungen. Nur in Offenbach kam es zum Kampfe und im Zusammenhange damit zu einer Ausperung der Frankfurter Kollegen. Der Ausgang ist Ihnen ja bekannt, indem infolge Vermittelung des Kollegen Berghahn in vollem Umfange auch in jenen Städten die Forderungen der Gehilfen bewilligt wurden. Dann wird weiter in den Artikeln behauptet, daß die Prinzipale die Arbeitszeitverkürzung nicht bewilligen könnten, weil kein Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden sei. Dabei wurde in mehreren Betrieben täglich nur noch 6 Stunden gearbeitet und standen seinerzeit in einer Gießerei 6 bis 8 Komplettnmaschinen und ebensoviel Handmaschinen still, weil die daran Beschäftigten wegen mangelnder Aufträge ihre Plätze verlassen mußten. Zum Schluß wird in den bewussten Artikeln gesagt, daß die Leipziger Prinzipale auch heute noch auf dem Standpunkte stehen, die Tariffrage zentralistisch zu regeln. Ob dies in bezug auf den Leipziger Fall zutrifft ist sehr die Frage. Denn die Prinzipale haben das von uns um Vermittelung angerufene Tarifamt zurückgewiesen, sie haben ihre eigne Prinzipalszentrale, die ihre Vermittelung angeboten, ebenfalls abgelehnt, und heute schwärmen die Leipziger Prinzipale dafür, daß alles zentral geregelt werden solle, obwohl sie bei Beginn des Kampfes erklärten, es handle sich nur um einen „örtlichen Zwist"! Mit dieser Logik können die betreffenden Prinzipale niemand imponieren und vor allen Dingen nicht die Gehilfen ins Unrecht setzen. Redner ermahnt die Anwesenden, wie bisher sich durch keine Lockrufe der Prinzipale irren lassen zu lassen, denn der Zweck der genannten Artikel sei nur, Uneinigkeit unter den Streikenden hervorzuufen. Die Leipziger Gehilfenschaft sei es nicht nur sich, sondern der ganzen deutschen Kollegenschaft schuldig, im Kampfe auszuharren, wenn diese ihre Errungenschaften nicht wieder preisgeben sollen. (Lebhafte Beifall.) — In der Diskussion kritisierte ein Redner, daß die ungelerten Arbeiter angeblich in einem Jahre zu durchaus brauchbaren, fertigen Schriftgießern heranzubilden seien, während die Lehrlinge vier Jahre lernen müssen. Außerdem müßten jetzt die Lehrlinge in den Gießereien Ueberstunden machen. Die Kommission habe sehr gut gearbeitet und die Streikenden hätten keine Ursache, der Kommission das Vertrauen zu entziehen. Ein weiterer Redner schließt sich dem an und meint unter dem Beifalle der Versammlung, daß die Mitglieder der Kommission ehrenhafte und zuverlässige Männer wären, umgekehrt wollen aber die Prinzipale durch solche Unwahrheiten die Gehilfenschaft aufs Glatteis führen. Die Ausständigen müßten nur zu genau, daß die Arbeitswilligen in den Gießereien nur Statisten wären, die keinen gelerten Gießer ersetzen können. Redner schließt mit einem Appelle, die gewerblichen Interessen besser als es die Prinzipale tun

hochzuhalten, damit Leipzig nicht das Schmerzenskind im deutschen Schriftgießergewerbe werde und damit wir auch fernerhin als Kollegen ehrenhaft bestehen könnten. Ein dritter Redner gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Artikel in der bürgerlichen Presse nicht einen organisierten und disziplinierten Kollegen veranlassen werden, jahresfristigt zu werden. Diese ganze Schreiberei sei einfach lächerlich. Die Arbeit von gelerten Gießern, die 15 bis 20 Jahre im Geschäft tätig, war oft den Prinzipalen nicht gut genug und jetzt soll jeder Schuster und Schneider die Unternehmer befriedigende Arbeit leisten? Damit könne man keinen Gehilfen irreführen. In der weiteren Debatte wird wiederholt der Kommission das uneingeschränkte Vertrauen der Ausständigen ausgesprochen und die jüngsten Artikel in der bezüglichen Presse als für jeden ehrlichen und sachkundigen Menschen empörend bezeichnet. Mit diesem Sprengstoff werde man den festen Ring der Ausständigen und ihr treues Zusammenhalten nicht auseinanderprengen, vielmehr fördere man dadurch nur die Einigkeit der Ausständigen. Engelbrecht meinte, der Artikel in der bürgerlichen Tagespresse verdiene gar nicht so eingehende Behandlung, zudem diese Presse schon früher mit den größten Unwahrheiten über die Schriftgießerbewegung hervorgetreten ist. Zu derselben Zeit, da diese Presse schrieb, daß nunmehr auch die letzte Gießerei zur Einstellung von ungelerten Arbeitern übergehen werde, hatte das alte Personal dieser Firma bereits die Postkarte in der Tasche, daß der Chef dieser Firma mit seinem früheren Personale unterhandeln wolle. Aber nicht nur dies, es sind seitens der genannten Presse direkte Fälschungen an den Zahlen vorgenommen worden. So soll nur 36 Gehilfen die Forderung derselben bewilligt worden sein, in Wirklichkeit sind es aber deren 72. Die Behauptung, daß die vom Streik betroffenen Firmen alle Aufträge „prompt" auszuführen in der Lage seien, könne bei den Ausständigen nur ein mitteldeiges Lächeln hervorgerufen. Den eingeschungenen Leuten kommt jetzt selbst die Erkenntnis, daß sie vollständig überflüssig sind und sie machen ihre Glossen über die von ihnen gefertigten „Produkte". Die Arbeitswilligen betrachten ihre Tätigkeit als pure Unverehr und verhöhnen sich und ihre Tätigkeit unter Benützung religiöser Motive in nicht wiederzugebender Weise. Nun heißt es in dem Artikel, daß ein Widerspruch bei uns bestehe, wenn wir behaupten, die Arbeitswilligen seien untaugliche Leute, gleichwohl aber würden sie von uns zu bewegen versucht, die Arbeit einzustellen. Die Prinzipale mögen sich beruhigen, wir nehmen — um diesen Ausdruck zu gebrauchen — nur diejenigen Arbeitswilligen heraus, an deren Arbeit wir ein Interesse haben. In dieser Weise ist es uns gelungen, erst dieser Tage in einer größeren Gießerei arbeitsfähige Gehilfen zur Ueberlegung der Arbeit zu bestimmen. Die Prinzipale lassen in irreführender Weise erklären, daß sie nur unter diesen oder jenen Umständen etwas zu bewilligen gekommen seien, sucht man aber die Herren zu stellen, dann sind sie zuletzt nur unter der Bedingung für Zugeständnisse zu haben, wenn die von ihnen verlangte Tarifreduktion rechte Tarifreduktion vorausgegangen ist. Der Hauptgrund, der von den Prinzipalen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit geltend gemacht wird und womit sie der Tagespresse beweisen wollen, daß diese Forderung der Gehilfen unberechtigt sei, ist, daß nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden seien. Würden aber die Prinzipale eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen, wenn der Arbeitsmarkt überfüllt und Tausende arbeitslos wären? Dann erst recht nicht, weil diese Arbeitslosen auf den Wirtschaftsmarkt drücken und das beste Abwehmittel der Prinzipale bilden würden. Heute, wo die Arbeitslosigkeit im Schriftgießergewerbe noch nicht so groß ist und die Organisation noch die Kraft hat, diese Hilfe und ausichtsreiche Forderung zu erheben, ist es noch halbwegs möglich, die Prinzipale zur Anerkennung einer Arbeitszeitverkürzung zu zwingen, wie überhaupt die Prinzipale auf friedlichem Wege nichts bewilligen, sondern nur unter dem Druck der Organisation. In dieser Beziehung hat die genannte Presse recht, daß auch in den übrigen Gießstädten die Forderungen nicht in „friedlicher Verständigung", sondern nur infolge der geschlossenen Organisation der Gehilfen erreicht worden sind. Daß aber außerdem auf dem Arbeitsmarkt ein Mangel von Arbeitskräften bestehe, ist schon widerlegt worden und auch noch durch die Tatsache zu bestätigen, daß allein in Leipzig eine ganze Anzahl Schriftgießer vom Verufe abgegangen sind, in dem sie keine Beschäftigung mehr fanden. Wenn dann zum Schluß der Artikelredner sagt, daß „vielleicht nach Ueberwindung des Streiks auch bei den deutschen Schriftgießergewerken eine ruhigere Erwägung über diese Frage Platz greift, ähnlich wie dies bei den Buchdruckergewerken der Fall war, nachdem sie über die Folgen des verlorenen 1891/92er Streiks vollkommen ins Klare gekommen waren", so verweise ich darauf, daß ohne den Kampf von 1891 wir kein 1896 gehabt hätten, daß wir in dem letztgenannten Jahre keine Arbeitszeitverkürzung erhalten hätten, wäre der Kampf von 1891 nicht geführt worden. Die Ausständigen können daher die Kampfbüchle in der bürgerlichen Presse nicht beunruhigen oder den festen Zusammenschluß der Streikenden durchbrechen, wir können abwarten und nehmen ruhig einen Apfel nach dem andern vom Baume. — Eine inzwischen eingegangene Resolution folgenden Inhaltes fand einstimmige Annahme: „Die am 18. Januar 1904 versammelten ausständigen Schriftgießerearbeiter und -Arbeiterinnen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und weisen die in der bürgerlichen Presse aufgestellten

Behauptungen bezüglich des Schriftgießerstreiks als un- wahr zurück. Die Versammelten erblicten in den beiden Artikeln der Prinzipalsführung nur den Versuch, Uneinigkeit in die Reihen der Ausständigen zu tragen und das Vertrauen derselben zu ihren gewählten Vertretern zu erschüttern. Die Ausständigen sprechen ihrer Leitung nach wie vor ihr unumschränktes Vertrauen aus und geloben auch ferner einseitig und fest zusammenzutreten." — Nach dem Schlussworte des Kollegen Franke und einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende Schumann die Versammlung.

Ob die Prinzipale durch diese Kundgebung der Ausständigen sich eines bessern belehren lassen? Die Prinzipale würden sich nur in eine für sie trügerische Sicherheit wiegen, wenn sie sich von ihren Machern belehren lassen wollten, daß es sich bei den Streikenden um ein Menschenmaterial handle, das durch falsche Vorpiegelung einer Streikleitung über den wahren Stand der Dinge hinweggetäuscht werden könne. Wenn der nichtfachliche Artikel- schreiber in der bürgerlichen Presse die herzliche Heiterkeit der sachkundigen Gehilfen in obiger Versammlung hätte hören und sehen können, mit der die Kunde von dem 35 Mann starken „Personale" der Firma Klinhardt aufgenommen wurde, es würde dem Herrn über die „Erfolge" seiner „Klucht in die Deffentlichkeit" ein starker Zweifel aufsteigen. So aber glaubt der gute Mann — päpstlicher als der Papst — die nichtfachlichen Prinzipale zu deren Schaden noch länger im Irrtum erhalten zu können, bis der Zusammenbruch da ist! Wir wünschen ernsthaft den Frieden, wollen aber die Prinzipale eine so teure Beche machen und haben sie an der bisherigen noch nicht genug, so sollen sie nach Wunsch bedient werden — und die Gehilfenschaft hat noch manch seltenes Gericht auf ihrer reichhaltigen Speisekarte.

Tarifreformer am Werte!

Unter dieser Stichmarke brachten wir in Nr. 3 eine Rundschau, welche in das eigentliche Betreiben des Vereins der Buchdruckereibesitzer des Regierungsbezirks Magdeburg für eine „zeitgemäße Reform" der tariflichen Lehrlingskala hineinleuchtete. Auf diese Ausführungen ging uns nun nachfolgende Erwiderung eines Mitgliedes dieses Vereins zu, welcher zwar selbst nicht zu den gekennzeichneten Lehrlingszählern zählt, sich aber zum Dolmetzch der Gefühle dieser armen und bebrängten Prinzipale aus dem Regierungsbezirk Magdeburg macht. Der Herr schreibt uns also:

„In Sachen der Einführung einer besondern Lehrlingskala für Städte unter 25000 Einwohnern, welche von dem „Vereine der Buchdruckereibesitzer des Regierungsbezirks Magdeburg" angestrebt wird, waren in diesem Blatte Äußerungen zu lesen, die feindseliger nicht abgestimmt sein konnten. Der Kern des Strebens genannten Vereins ist dabei gänzlich verkannt worden: daß in der Zahl der Lehrlinge in den einzelnen Druckereien Wandel geschaffen werden soll! Was nützt denn die Skala des Tarifes, wenn sie nicht eingehalten wird, weil sie für mittlere und kleine Druckereien eben nicht eingehalten werden kann? Ist es da nicht besser, wenn man mit einer für die Prinzipale günstigeren Skala und einer Uebergangszeit dem Ziele näher zu kommen versucht und überhaupt auch in kleineren Druckereien den Anfang zu geordneten Verhältnissen bezüglich des Lehrlingswesens macht? Es ist für unsern Beruf von allergrößter Wichtigkeit, gerade im Lehrlingswesen resp. für die Zahl der Lehrlinge feste Normen zu schaffen. Kommen diese den Tarifbestimmungen auch zu Anfang noch nicht gleich, so wird das Bestreben der Tarifgemeinschaft doch auch dadurch gefördert. Oder will man es nicht als Erfolg gelten lassen, wenn es dem obengenannten Vereine gelingen sollte, in den zu seinem Bezirke gehörigen etwa 100 Druckereien, von denen heute dem Tarife noch recht viele feindselig gegenüberstehen, die Lehrlingszahl um 100 Köpfe herabzudrücken, selbst wenn dieser Wandel erst nach Jahresfrist eintreten würde? Es gibt in genanntem Vereinsgebiete viele Druckereien, von welchen die Lehrlingskala des Tarifes ohne Karenz- oder Uebergangszeit und mit weniger Schärfe niemals angenommen werden wird und damit bleibt man dann sehr bedauernd auch der Annahme der sonstigen Tarifbestimmungen fern. Demgegenüber kann der tarifliche Erfolg, welcher z. B. in Schönebeck in Aussicht steht, nicht ausschlaggebend sein. Gerade der Verein der Buchdruckereibesitzer im Regierungsbezirk Magdeburg zählt mehrere Mitglieder, welche selbst zur Anerkennung des Tarifes bereit wären, wenn ihre Platz- oder Nachbarkonkurrenz gleichfalls zu dieser Anerkennung veranlaßt werden könnte. Das kann aber nicht der Fall sein und deshalb will man versuchen, unter Mitarbeit der einzelnen in Betracht kommenden Buchdruckereibesitzer dem Ziele näher und besonders zu geregelten Verhältnissen in der Lehrlingshaltung zu kommen.

Schreiber dieser Zeilen ist davon überzeugt, daß gerade die für Mittel- und Kleinstädte zu scharfe Lehrlingsstala des Tarifes der Einführung des Lesern am allermeisten hinderlich im Wege steht. Vielleicht nimmt man seitens des Tarif-Ausschusses auf diese Ansicht entprechend Rücksicht, wenn es gilt, neue Vorschläge zur Verallgemeinerung des Tarifes zu machen resp. vorzubereiten. Was der hier in Frage kommende Verein bezüglich der Lehrlingsstala erachtet, läßt also den Tarifbestrebungen nicht diametral entgegen, sondern beschreitet nur einen Umweg, auf dem aber beide Teile leicht zu einem Ziele kommen können, wenn man es unterläßt, sich gegenseitig unnützlich zu bekämpfen.

Prinzipale, die heute schon der Tarifgemeinschaft beigetreten sind, werden von der neuen Bewegung nicht berührt, denn um sie ist es glücklicher bestellt als um die noch fernstehenden, für welche der unvermittelte Uebergang zur Tarifgemeinschaft und besonders die Annahme der Lehrlingsstala des Tarifes allermeist den geschäftlichen Ruin im Gefolge haben würde. Man hat eben bei den Tariffestsetzungen über die Lehrlingszahl die kleinen und mittleren Buchdruckereien der Provinz zu wenig berücksichtigt. Ja selbst in Städten über 25000 Einwohnern, wie z. B. in München, ist die zu scharfe Lehrlingsstala des Tarifes der Grund, daß bisher von den sechs Druckereien (nach meiner Information) nur eine einzige den Tarif anerkannt. Und da soll das Bestreben, den Anfang zur Besserung zu suchen und denselben auch auf kleinere Städte zu übertragen, nicht erlaubt sein? - n."

Anmerkung der Redaktion: Die Toten steigen aus dem Grabe! Dem etwas unanfang vor Jahresfrist zur Strecke gebrachten ostpreussischen Druckerei-Anzeiger folgt in der Provinz Sachsen ein Verein armer geplagter Kleinbuchdruckereibesitzer, um unser Gewerbe nach seinem Gesandte und seinen geschäftlichen Bedürfnissen umzuwandeln. Der Inhalt des von uns in Nr. 3 stizzierten Zirkulars läßt gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Herren eine besondere Art von Tarifreue in Gestalt einer verschlechterten Lehrlingsstala und langen Uebergangszeiten für sich schaffen wollen und womöglich gleichgestimmte Seelen im übrigen deutschen Vaterlande für diese Reformidee empfänglich machen möchten. Wenn irgendwie von einer Feindseligkeit gesprochen werden kann, dann ist dieses Beginnen jenes Vereins als feindselig gegen unser bestehendes gewerbliches Recht zu charakterisieren. Es paßt ja, daß der Herren Liebeswerben uns gerade jetzt bekannt geworden ist, um gleich zu dem ostfriesischen Importe von frischer Lehrlingsware einige Ausführungen mitzumachen. Gewiß ist die Lehrlingsfrage die Schmerzfrage unser Gewerbes. Prinzipale wie Gehilfen werden gleichermaßen von ihr getroffen; einmal durch die dadurch mögliche, alles ruinierende Schmutzkonkurrenz, zum andern durch die Zuspaltung von in jeder Beziehung unbrauchbarem Gehilfenmaterial, wie es erwiesenermaßen die Lehrlingszuchtereien auf den Markt schwemmen und wie es dort lohnbrückend und jede Gelegenheit zum Rückenangriff ausprägend als katilinarische Existenz herumlungert. — Wir haben im Jahre 1886 zum ersten Male eine Lehrlingsstala im Tarife erhalten, welche in ihren Staffeln leider heute noch dieselbe ist wie damals, die aber heute gegen früher insofern eine Verschlechterung aufweist als die Klausel des § 40: „Bei der ersten Staffel (ein Lehrling) vorstehender Stala kann in den letzten zwei Jahren der Lehrzeit des einen Lehrlings ein zweiter Lehrling gehalten werden. Auch ist Prinzipalen, die nur drei oder weniger Geher oder zwei oder weniger Maschinenmeister haben, gestattet, entweder einen Geher- und einen Drucker- oder zwei Geher- oder zwei Druckerlehrlinge zu halten“ eine Konzession an die kleineren Druckereien darstellt, deren Konsequenzen weitgehender sind, wie man allgemein annimmt. Die Lehrlingsstala von 1886 enthielt diesen Passus nicht, seine Beseitigung aus dem heutigen Tarife ist nach Lage der Dinge eine gebieterische Notwendigkeit. Wie ist bei der letzten Tarifrevision von der Gehilfenchaft die Forderung einer Verschärfung der Lehrlingsstala in den Vordergrund geschoben und wie wenig wußte man prinzipalseitig gegen ein solches Verlangen einzuwenden! Alle einsichtigen und der Förderung des Gewerbes zugeneigten Buchdruckunternehmer müssen ja auf die Abstellung dieses Raubbaues am gewerblichen Allgemeinwohl bedacht sein, deshalb auch der Beschluß des Tarif-Ausschusses vom Jahre 1901, bei der Reichsregierung betreffs einer gesetzlichen Regelung der Lehrlingsverhältnisse im Buchdruckgewerbe im Sinne der jetzigen Lehrlingsstala vorstellig zu werden — entsprechende Eingabe inzwischen erfolgt — und das Versprechen des Vorstehenden des Tarif-Ausschusses, bei Nichteingreifen der Regierung für eine den jetzigen Anforderungen besser befriedigende Regelung der Lehrlingsstala besorgt zu sein. Sie sehen also, verehrter Herr - n, daß bei den maßgebenden Stellen unseres Gewerbes Uebereinstimmung herrscht, Remedur auf dem wichtigen Gebiete der Lehrlingsausbildung zu schaffen! — Nun aber kommt der Verein der Buchdruckereibesitzer des Regierungsbezirks Magdeburg und will gar noch für die Prinzipale in Orten unter 25000 Einwohnern Vergünstigungen haben, weil die für Mittel- und Kleinstädte, zu scharfe Lehrlingsstala“, die „Platz- oder Nachbarkonkurrenz“ die Durchführung dieser Bestimmungen unmöglich erscheinen lasse, ja, „allermeist den geschäftlichen Ruin im Gefolge haben würde“. Die Herren des genannten Vereins sind in der zeitgenössischen Buchdruckergeschichte sehr schlecht beschlagen, sie würden — um mit Bülow zu reden — in dieser Beziehung und hinsichtlich ihrer positiven Mitarbeit an den

sozialgewerblichen Aufgaben nur die Note V b verdienen. Das Buchdrucker-Einmaleins lehrt bekanntlich, daß die Prinzipale in den kleineren Orten im allgemeinen eine bessere geschäftliche Position innehaben, als ihre Berufsgenossen in Großstädten, sofern dieselben nicht besonders kapitalkräftig sind. Es lehrt aber auch, daß die buchdruckerischen Unternehmer in den kleineren Orten sich durch maßloses Halten von Lehrlingen den Akt selbst abjagen, auf dem sie sehr wohl ein beschauliches Dasein führen könnten und nicht nötig hätten, über die Platz- und Nachbarkonkurrenz zu jammern. Daß die Lehrlingszuchterei immer tiefer in den Sumpf hineinführt, ist auch ein alter Erfahrungssatz. Wo dies noch nicht so zutage getreten, hat ein besonderes Raffinement der Lehrlingsausbeutung dies noch verhindert, aber kommen muß der Kladderadatsch doch einmal und wir haben wahrlich kein Interesse daran, die Erhaltung solcher gegen alle menschliche und geschäftliche Moral handelnder Offizinen durch Gewährung von ungerechtfertigten Ausnahmestimmungen möglich zu machen. Im Gegenteile hat die Umkehr zu geordneten Verhältnissen, wie wir oft genug wahrzunehmen Gelegenheit hatten, auch den Aufschwung des betreffenden Geschäfts gebracht! Welche unklare Auffassung übrigens in jenen Reichen vorhanden, beweist die Uebersetzung von „der neuen Bewegung“, mit welcher jedenfalls das endlich gezeitigte Einschreiten der Behörden im Falle Schönebeck gemeint ist, zeigt die Behauptung, daß jene Prinzipale, welche von dieser „neuen Bewegung“ nicht berührt werden — weil sie schon früher der Tarifgemeinschaft beigetreten — „glücklicher bestellt seien (so glücklich, daß die Frucht aufs Land täglich zumimmt) und die Klage von dem „unvermittelten Uebergange zur Tarifgemeinschaft“. Nach unseren Informationen kann es sich aber gerade in Regierungsbezirk Magdeburg für die in Betracht kommenden Druckereibesitzer nicht um Uebersetzungen handeln, vielmehr sind alle wohlwollenden Ermahnungen unserer Tarifbehörden, alle Warnungen und sonstigen Schritte der Gehilfenchaft und selbst — wie im Falle Schönebeck — die bereits vor einigen Jahren erfolgte Anweisung der untern Verwaltungsbehörde einfach nicht beachtet worden; die Schönebecker Druckereien haben im Gegenteile die Annahme weiterer Lehrlinge unbeeinträchtigt fortgesetzt. Und nun mit einem Male die neue Bewegung! Eine neue Bewegung infolge Anwendung eines Gesetzesparagraphen (§ 128 der Gewerbeordnung), der am 1. April 1898 in Kraft getreten — aber meine Herren! Wenn wir den Gehilfenvertreter des VI. Tarifkreises oder die Bezirksvorstände von Magdeburg und Halberstadt auffordern wollten, die Lehrlingsverhältnisse von Schönebeck, Egeln, Staßfurt, Wertgerode, Seehausen (Kr. W.), Salzwedel, Garbe a. S., Uckerkerben usw. hier aufzurollen, dann würde wohl jeder Buchdrucker im Deutschen Reich es schmerzlich bedauern, daß die Behörden nicht schon bedeutend früher diese „neue Bewegung“ eingeleitet haben. Die Herren jenes Vereins wissen ja auch nicht, daß unser Tarif-Amt eine Uebergangsperiode den sogenannten Lehrlingsdruckereien gestattet, inwiefern sie alles, was nach Tarif ausschaut, sich weit vom Leibe hielten. Wir können nach alledem einem Versuche, bei den Tariffestsetzungen die Verhältnisse der kleineren und mittleren Buchdruckereien bzw. der Orte unter 25000 Einwohnern mehr zu berücksichtigen oder der Schaffung von „festen Normen“ für das Lehrlingswesen in gewünschtem Sinne (welche Normen von den nützlichsten Leuten ebenfalls durchbrochen werden würden!) nur energisch und „feindselig“ widersprechen. Wir wünschen vielmehr eine strikte Handhabung der bestehenden Gesetzesbestimmungen gegen solche Unterminierer des Gewerbes, wir verlangen, daß alle Handwerkskammern sich bei den Gehilfenprüfungen einmal gründlich über die auch in anderen Gegenden vorhandenen Lehrlingsverhältnisse erbarnten, damit diesem zum Ruine führenden Geschäftsgedeharen eine Ende bereitet werde und auch diese „Tarif-reformer“ zum Beruhigen gebracht werden wie jene im Osten Deutschlands zur Ruhe eingegangen sind. Diese unsere Ausführungen wollen die Herren des genannten Vereins in ihrer nächsten Versammlung am 7. Februar beherzigen, damit sie über den zur Einlösung: Beitritt zur Tarifgemeinschaft, führenden Weg nicht länger im Unklaren bleiben.

Kreis-Amt, wo bist du?

In Aachen, der alten Krönungsstadt, wo die Herrscher in alten Zeiten ihrem Volke die Treue gelobt und mit ihm gewissermaßen eine Tarifgemeinschaft eingegangen, die sie dann entweder hielten — oder auch nicht, haben auch im letzten Jahre verschiedene Buchdruckprinzipale ihrem Buchdrucker-Völkchen die Tarifreue gelobt und zu ihrer Ehre sei es gesagt — auch rechtlich gehalten; ob gern, lassen wir dahingestellt sein. Doch es gibt auch solche, die aus Angst, daß es späterhin der Buchdrucker-Ruin an absprechenden Beispielen festließe, wohl mit ihrer Unterschrift ihrem Willen Ausdruck gaben, die Tarifreue zu halten, dieselbe aber am liebsten mit sympathischerer Tinte geschrieben hätten, auf daß sie wieder verwinden. — Entdeckt da ein Pfiffikus, daß in der tarifreuen Druckerei von Hof. Deterre ein Geher mit 15 Mk. entlohnt werde. Allgemeines Erstaunen, Entrüstung, Versammlungsbeschluß, Druckereiversammlung. In der Druckereiversammlung sind noch mehrere Pfiffikus anwesend, wodurch sich herausstellt, daß noch ein weiterer Jünger unter Minimum entlohnt wird. Na, Geschäft ist Geschäft. Auch ein Volontär ist dort vorhanden, an dem allgemein auf-

fällt, daß er nicht nach Volontärsart stets zu spät kommt, raucht, bummelt und sich sonst noch auf eine höhere Karriere vorbereitet, sondern sich feste in glattem Säge ausgebildet, leberstundener macht, pünktlich ist, ja sich sogar in ein anderes Geschäft verlesen läßt. Samstags foll er sogar heimlich vom Faktor „Zaidengels“ zugestekt bekommen. Bieweil, war nicht anders herauszubekommen als durch die Krankentasse, bei der er zwar nicht als Volontär, aber als Geher mit 12 Mk. „Zaidengels“ angemeldet war. Und da hatte man sich schon erdreistet, von 15 Mk. zu munkeln! Wieder aus neue Entrüstung. Antrag stellen auf Streichung aus dem Tarifverzeichnis, das geht nicht, denn wir erstreben ja das Gegenteil. Ergo geht eine Kommission vor, bekommt jedoch die Antwort, Herr Deterre könne soviel Volontäre einstellen, wie ihm beliebt, auch könne er ihm soviel Zaidengels geben, wie er Lust habe. Der 15 Metermann wird hinausbuggert, der war also abgetan. Einige Heißsporne meinten, es wäre jetzt die beste Zeit dazu, dem Prinzipale ein Ultimatum zu stellen und ihm die Tarifreue des nähern zu erläutern; es wäre möglich, daß derselbe in flauer Sommerzeit auf den Gedanken käme, noch mehr in Zaidengels zu machen. Das Personal stimmt dem zu. — Und nun ist der Bezirksvorstand ganz unvernünftig und sagt, das gehe nicht an, da verjagt der Gauvorstand die Genehmigung; erst den Instanzenweg erschöpfen. Wozu sind die Tarifinstitutionen da! — Uff, Instanzenweg! — Kreisvertreter! — Inzwischen ist Herr Deterre frischweg tarifreue und der Volontäre vernachlässigt sein Zaidengels jetzt schon im dritten Monate. Inzwischen soll auch der Herr Kreisvertreter seine Antwort bekommen haben. Lautet sie so wie jene, die uns zuteil ward? Nun, dann gehen wir ans Kreis-Amt! Kreis-Amt, wann tagst du? Kreis-Amt, wo bist du, du unsre einzige Rettung aus Zaidengelsnot! Tage, sonst wird es fürderlich tagen! — Und da heißt es immer, es sei schwer, keine Satire zu schreiben. Schwer? Unsinn, unmöglich ist's! †††

Korrespondenzen.

Me. Berlin. (Vereinsversammlung vom 7. Januar.) Die äußerst zahlreich besuchte Versammlung wies als Haupttagsordnungspunkt einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein über: „Das Reich der Gewerkschaften und seine Grenzen“ auf. Vor Eintritt in die Verhandlungen gab der Gauvorsitzende Massini einen kurzen Rückblick auf das verlossene Vereinsjahr. Er wies darauf hin, daß der demnächst erscheinende Rechenschaftsbericht den Mitgliedern zeigen wird, daß das verlossene Jahr eines von Fortschritten — sowohl in finanzieller Hinsicht wie auch mit Steigerung des Mitgliederstandes — begleitet gewesen ist. Als Zeichen der anziehend vorübergehenden allgemeinen wirtschaftlichen Depression könne das Rechnungsergebnat der Gauverwaltung gelten, daß endlich wieder die Ausgaben hinter den Einnahmen zurückgeblieben sind. Trotz alledem aber ließen die wirtschaftlichen Verhältnisse noch viel zu wünschen übrig. Die ersprechend hohe Zahl der von ständiger Arbeit Ausgeschlossenen müsse uns Veranlassung geben, unsre diesjährige Arbeit auf Verbesserung derselben zu richten. Wenn z. B. konstatiert werden konnte, daß im März v. J. als günstigste Arbeitslosenziffer 412 = 6 Proz. der Gesamtmitgliederzahl und im Juli als höchste 836 = 12 Proz. derselben festgestellt werden konnte und zum Weihnachtstfeste an 494 Konditionslose die Extramentstiftung ausgezahlt werden mußte, so müsse die Summe von Not, welche diese Bismern in sich bergen, uns zwingen, entscheidene Maßregeln zu ergreifen. Und Gelegenheit dazu hätten wir bei der in diesem Jahre stattfindenden Sitzung des Tarif-Ausschusses; alle zu dieser zu stellenden Anträge müssen dem Gedanken gewidmet sein, die unheilvolle Wirkung der Tripelallianz: Segmaschinen, verbesserte, Arbeitskräfte sparende Druckmaschinen und die Lehrlingszahl, einzudämmen. Noch ein Faktor käme hinzu, der sich in gleicher Weise bemerkbar mache und den wirkungslos zu machen fast ganz in unsrer Macht stände: die Unzahl der geleisteten Ueberstunden. Hier müsse jedem Kollegen der Gedanke vorzwehen, wo nicht absolut einwandfreie, zwingende Gründe vorliegen: so lange die große Arbeitslosenzahl vorhanden, darf keine Ueberstunde geleistet werden! Gewiß kommen hier noch so vielerlei Momente in Betracht, welche die Lösung dieses Problems erschweren, als da sind das Festlegen der Minimalsätze als Maximalentlohnungssätze und dann die Ueberung der Praxis der Geschäftsleitungen, lieber einen alten bewährten Arbeiter zu entlassen, ehe ihm eine Lohnerhöhung von einer Mark gewährt wird. Wenn solche Zustände vielleicht auch durch unser Tarifvertrag sich entwickelt haben, so waren wir als Organisation auch im letzten Jahre nach Kräften bemüht, diesem in den noch so zahlreichen Künstempeln, wenn diese auch nur klein und ganz klein, Eingang zu verschaffen. Es war dies eine dringende Pflicht, weil dieselben die Brutstätten für solche Elemente sind, welche irgend eine berufliche Aktion hindern. Da uns die tariflichen Behörden bei diesem Vorgehen nach Kräften zur Seite gestanden haben, so können wir ihnen unsern Dank aussprechen und dabei immer im Auge haben, daß unser Tarif das oberste berufliche Gesetz ist, welches wir mit geschaffen und deshalb auch zu respektieren haben. Ist es auch nicht die Vollendung des Besten, was zu denken ist, so ist es doch modulationsfähig und es wird die Zeit mit sich bringen, daß es das Beste wird. Wir müssen uns auch dem Gedanken anpassen suchen, daß es bei

irgend welchen zur Erledigung gebrachten Differenzen einen lebenden Teil geben muß, ganz gleich, ob er Arbeitnehmer oder Arbeitgeber betrifft. Unser Augenmerk kann nunmehr nur darauf gerichtet sein, den vorhin erwähnten Ursachen der Schädigung unsers Berufes mit den geschaffenen Institutionen, worin Arbeiter und Unternehmer gemeinsam wirken, zu Leibe zu gehen. Da wird dann nicht die brutale Gewalt, sondern die Vernunft der beruflichen Gemeinsamkeit Förderliches schaffen. Nebenbedachte noch der im verflochtenen Jahre verstorbenen verdienstvollen Kollegen und im besondern des zur Jahreswende freiwillig aus dem Leben geschiedenen Kollegen Friedrich Streckert, der als Gauvorsitzer in Ostpreußen und als über zehn Jahre lang in verantwortlichen Posten tätig gewesen Mitglied des Berliner Vereins, für 33 Jahre dem Verbands gedient hat. War, seinem Wunsche gemäß, auch jede letzte Erbhengung bei seinem Leidenbegünstigte vermieden worden, so würde doch aber die Erinnerung an die Verdienste, die er sich um die Allgemeinheit erworben, unverlöschbar sein. Nachdem Streckert noch der Kollegen dankend gedacht hatte, die im verflochtenen Jahre als Vereinsfunktionäre ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hatten, im besondern auch der aus dem arbeitsreichen Posten des Gauvorsitzes ausscheidenden, schloß er seine Ausführungen mit dem Wunsche eines arbeitgewährenden und von Betrübnissen jeder Art frei bleibenden Jahres für alle. — Nunmehr folgte der Vortrag des Abgeordneten Bernstein. Derselbe führte ungefähr folgendes aus: Wenn man zurückblickt auf den Werdegang der Gewerkschaftsbewegung und namentlich die Anfänge derselben beobachtet, so finde man zu allen Zeiten und in jedem Lande eine mehr oder minder heftige Stellungnahme seitens einzelner Führer der erwachten sozialen Arbeiterbewegung gegen dieselbe. Es war solches in England wie in Frankreich und in Deutschland der Fall, wo als Grundtendenz die Ansicht der Unzuverlässigen oder direkten Bekämpfer der Berufsorganisationsform zum Ausdruck kam: Organisiert euch auf solche Weise nicht, denn es hat gar keinen Zweck; ihr entzieht eure Kräfte dem Emanzipationskampfe des Proletariats und könnt durch eigne Kraft nichts erreichen. Noch 1863 äußerte Lassalle, daß die Gewerkschaftsorganisationen ein Verjuden der Arbeiter seien, sich menschlich zu fühlen. Diese Stellungnahmen alle seien nun von dem Standpunkte aus zu betrachten, daß die junge Bewegung nur recht schwach war und im allgemeinen eine theoretische Unklarheit über Wert oder Unwert derselben herrschte. Fast allgemein war die Ansicht vertreten und Streckert zählt sich zu diesen, daß die Gewerkschaften die Rekrutenschulen für die politische Partei bilden sollten. Zu jenen Zeiten kamen auch noch die Ideen hgv. Befreiungen einzelner Arbeiterführer in Betracht, aus allen Berufsständen riesige Zentralorganisationen zu gründen, welche dann ihre gewaltige Macht zum Ausdruck bringen sollten. Solche Probleme ließen sich nun aber nicht lösen und aus den Paulnissen der Gewerkschaftsbewegung bildeten sich eben so viele Sanktusse. Gerade England bietet hier ein günstiges Beobachtungsfeld, wo z. B. die Gewerkschaft der Maschinenbauer 1872 den Neunfunftentag erreichte, aber sonst an Erfolgen — welche als Förderung der allgemeinen Arbeiterinteressen aufgeföhrt werden könnten — nicht mehr erreichen konnte. Und dadurch bilden und bilden sich die zum Teile zu bedauerlichen Maßnahmen führenden strikten Gegensätze der englischen Gewerkschafts- und Parteiführer. Aus all diesen Erfahrungen heraus sei es nun interessant, sich die Frage vorzulegen: wo wohl das Reich der Gewerkschaften seine Grenzen habe. Die Frage selbst sei nach zwei Seiten hin zu betrachten: einmal nach der des Umfanges und zweitens nach der der Leistungen. Da ist nun festgestellt, daß z. B. in England etwa 30 Proz der Arbeiter organisiert sind und in Deutschland etwa 17 Proz., also das Gros der Arbeiterschaft aller Organisationen fern steht; entsetze da die Prinzipfrage: Ist es möglich, daß jemals alle Arbeiter eines Landes in einer Organisation vereinigt werden können? Und die Prüfung der Frage wird das Resultat zeitigen, daß solches nicht möglich ist. Es sei zu beobachten in Berufen, wo die persönliche Fähigkeit des Arbeiters also mehr handwerksmäßig noch in Frage kommt, daß die Berufsorganisation in ganz andern Maße sich entwickelt hat, als da, wo die Hauptarbeitsleistung durch die Maschine besorgt wird. Bei ersteren wird die Organisation in der Lage sein, in den Produktionsprozess regeln einzugreifen zu können, sie wird zu Einfluß und Macht kommen, bei letzteren aber niemals; es wird hier immer nur der Weg der Gesetzgebung offen bleiben. Hierbei seien die Feststellungen des bekannten englischen Schriftstellers Webb von Interesse, welches in der letzten Ausgabe ihres bekannten Werkes die These, die vor zehn Jahren aufgestellt wurde, als richtig bewiesen konnten, daß die Gewerkschaften, welche damals schon groß genannt werden konnten, größer geworden sind, diejenigen, welche schwach waren, noch schwächer wurden. Und das alles bei den vorgeführten Agitationsformen und Agitationsformen der bestehenden Organisationen. Hier also scheint eine Grenze der Gewerkschaftsbewegung gezogen zu sein und alle die früher oder später zum Ausdruck gebrachten Ansichten, einmal vielleicht das Ziel erreichen zu können, daß die alle Berufsangehörigen umfassenden Gewerkschaftsorganisationen die kapitalistische Produktion abweisen und in eine kommunelle bringen, müssen als unerreichbar bezeichnet werden. Denn ohne Frage müßte solcher Betrieb sich der umgebenden wirtschaftlichen, d. h. bis auf nicht zu bemessende Zeit bürgerlich-kapitalistischen Situation anpassen,

um leistungsfähig zu sein, abgesehen davon, daß die jetzt herrschenden, die gesellschaftlichen Gewaltmittel in der Hand habenden Klassen solches mit allen Mitteln verhindern würden. Wann sollte z. B. der Zeitpunkt eintreten, wo die am besten organisierten deutschen Berufsvereinigungen wie z. B. Buchdrucker, Bildbauer usw. in der Art ihres Ausbaues von den Textil-, Bau- oder den unglücklichen Hilfsarbeitern an den tausendfachen Spezialmaschinen erreicht werden, wo sie aus sich selbst die Arbeitsbedingungen für alle selbst zu verbessern könnten? Doch wohl niemals. Hier sei nun zu erwägen, ob die Dummheit der großen Menge eines Berufes dem Organisationsgedanken hindern im Wege liegt oder ob, wie auch Streckert früher glaubte, die Macht des Kapitals solches veranlasse, doch gibt hier die Prüfung der Frage eine fast klare Beantwortung derselben. Da sei vor allem nun der Einfluß der Maschine im Produktionsgange zu beachten. Die moderne Technik, welche den Satz des Unmöglichen zu schanden gemacht hat, hat nun in ihren revolutionierenden Wirkungen nicht als Hauptmoment gezeitigt, daß sie Arbeitskräfte überflüssig machte, nein, dieses liege vielmehr in der Spezialisierung der Produktion. Durch die Gewerbestatistik wurde festgestellt, daß in 13 Jahren über 3000 neue Berufsarten entstanden sind, die natürlich auch insgesamt eine Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften notwendig machten. Durch diese ständig andauernde Wirkung nun werden die vertikalen Linien, welche einst die Berufe streng trennten, gelockert; das Erlernen eines bestimmten Faches erübrigt sich, ein Meer von Ungelernten wird geschaffen und — die Quelle der nichtorganisationsfähigen Arbeiterkreise ist festgesetzt. Niemand dürfte es hier möglich sein, alle in diesem ungeheuren Gebiete Tätigen unter einen Hut zu bringen. Z. B. zeigt solches in bedingter Weise der Metallarbeiterverband, wo einzelne Spezialbranchen äußerst günstige Organisationsziffern aufweisen, andre dagegen recht unglücklich und dann in Anbetracht der in dieser Branche insgesamt beschäftigten ungeheuren Arbeiterzahl und ihr prozentuales Organisationsverhältnis — und weil solches auch trotz aller agitatorischen Bemühungen niemals eintreten dürfte, so sei eben eine Grenze in der Wirksamkeit der Gewerkschaft erreicht. Hier spielen ökonomische wie soziale Faktoren eine Rolle, die sich durch kein Dogma aus der Welt schaffen lassen. Die nun noch zu beantwortende Frage betreffe die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften und ihre Grenzen. Wenn nun festgestellt werden kann, daß alle die Organisationen, welche innerhalb ihres Berufes eine Mitwirkungsrolle bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit usw. sich zu verschaffen gewußt haben, nur zu den alten bestorganisierten, mehr handwerksmäßige Arbeitsweise aufweisenden gehören, so resultieren nach den schon bei der ersten Frage in Betracht gezogenen Erwägungen, daß hier niemals alle Berufsorganisationen eine solche Rolle spielen können. Aber weil jene die ständig treibende, Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände — im Hinblick auf Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Lehrlingsfrage usw. — erstrebende Kraft sind, so ist ihr Vorhandensein eine zwingende Notwendigkeit gewesen und wird es immer bleiben, so lange die bürgerlich-kapitalistische Produktionsform keine Aenderung erfährt. Jedoch die Grenze ist gezogen, daß niemals eine Berufsorganisation sich bedeutend über das sie umgebende Niveau erheben können. Bei Erörterung dieser Frage sei es auch am Platze, die Entlohnungsform in Betracht zu ziehen. Es ist der Satz aufgestellt worden: Mordarbeit ist Mordarbeit als Kampfruf gegen solche Verdienstberechnung, aber bei dem vorgeführten Stande der heutigen Technik mit Unrecht. Es bedingt diese gerade eine Stidentlohnung, um nicht den oben zitierten Satz durch die Wirksamkeit der vielen, bei solcher Arbeitsweise notwendigen Aufpasser, Kontrolloren usw. in das Gegenteil umzukehren, so daß es heißt: Zeitarbeit ist Mordarbeit. Wo es einer starken Arbeiterorganisation möglich ist, in Gemeinschaft mit einer gleichfalls maßgebenden Unternehmerorganisation einen allgemeinen einheitlichen Normallohnstarif zu schaffen, wird er als ein sehr großer Vorzug gepriesen werden müssen. Natürlich wird sich dieser aber in gegebenen Grenzen halten und sich nicht ins Ungemessene erheben können. Denn wird hierbei ein gewisser Höhepunkt überschritten, so würde sich in dieses einzeln von den allgemeinen Verhältnissen abhebende Exorad eine Sturmflut instinktiver, egoistischer Konkurrenten aus den übrigen Arbeiterkreisen ergießen, von der die besseren Zustände verschlungen werden müssen. Leicht wird dieses ja auch dadurch, weil die moderne Produktionsform die Trennungslinien der einzelnen Berufsarten mehr und mehr verwischt. Wenn die bisher gepflogenen Erörterungen nun zwei grundlegende Fragen des Vertragswesens behandeln, so kämen aber noch Momente hinzu, welche gleichfalls die räumliche wie zeitliche Grenze der Gewerkschaftsbewegung dartun. Haben z. B. kräftige Organisationen eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ihrer Berufsangehörigen, selbstverständlich unter Mitwirkung einer guten Wirtschaftsperiode, erreicht, so tritt u. a. sicher auch eine allgemeine Wohnungssteuerung ein, die zum größten Teile die erreichten Vorteile verflüchtigt; gegen das Eintreten solcher Momente kann keine Gewerkschaft an sich etwas tun. Auch andere staatliche und kommunale Maßnahmen kommen noch hinzu, wie die Regelung der Rechtspflege usw., welche die Gewerkschaften als einzige Träger der gesellschaftlichen Ordnung nicht zur Durchführung bringen können. Nur in zeitlicher Beziehung könne vielleicht eine Grenze weniger scharf gezogen werden, denn selbst wenn die heutige Gesellschaftsordnung einer andern vielleicht Platz gemacht haben wird,

wird ein Tätigkeitsgebiet den Gewerkschaften immer offen bleiben. Die vorwärts eilende Kultur hat die Ansichten jener früheren Utopisten zu schanden gemacht, welche mit Unbruch einer neuen Wirtschaftsordnung das, was ja bald eintreten sollte, auch jede Berufsorganisation als überflüssig hielten. Nein, unser heutiges Gesellschaftsleben, die Verkehrsmittel, die Großstadtbildungen usw. mit ihren tausendfältig verschlungenen Fäden, sie werden, so lange nicht einmal ganz anders geardete neue Menschen die Erde betreten, das Vorhandensein der gewerkschaftlichen Organisationsform notwendig erhalten. Wenn nun die heutigen Gewerkschaften in selbstverständlicher Weise für Verbesserung der Verhältnisse weiter sorgen werden, so sei aber zu wünschen, daß sie ihr Bestreben darin sehen, ihre Mitglieder zu Staatsbürgern zu erziehen, damit, wenn die Pflichten innerhalb ihres Berufsgebietes erfüllt, sie auch den politischen staatsbürgerlichen Verpflichtungen Verständnis und Urteil entgegenbringen; die sogenannte Neutralitätsfrage spielt hierbei gar keine Rolle. Die gewerkschaftliche und politische Arbeit sind notwendig, um die Interessen der Arbeiter wirklich zu fördern. Nebenwies noch auf die bekannte Fabel des dänischen Dichters Andersen vom häßlichen Entlein hin, welches in seinen Zerfahren durchs Leben verfolgt, geschmäht und zurückgelassen wurde, um dann endlich unter den stolzen Schwänen sich einzufinden und als gleichwertiger ohne weiteres anerkannter Schwanz zu wirken und schloß seine Ausführungen resultierend mit den Worten: Wenn die Nase selbst sich schmückt, schmückt sie auch den Garten! An den mit lebhaftem Beifalle ausgenommenen Vortrag schloß sich keine Diskussion. — Unter Vereinsmitteilungen wurde mitgeteilt, daß der Beitrag für die Ortskrankenkasse sich seit dem 1. Januar um 10 Pf. für Gehilfen und 5 Pf. für Pringspale infolge Festhaltens des örtlichen Zehelohnes auf 4 Mk. erhöht habe; gleichfalls sei darauf zu achten, daß aus dem gleichen Grunde eine höhere Beitragsklasse (36 Pf.) für die Invalidenversicherung zu fleben ist. In Personalveränderungen war zu melden: Ausgetreten sind die Sezer Bruno Löwe, Oskar Schreiber und Eugen Steuer wegen Berufsveränderung. Gestorben sind die Kollegen W. Hübner, Friedrich Streckert und A. Stenber.

F. Halle a. S. Bezirksversammlung vom 11. Januar. Vor Eintritt in die Tagesordnung und nach einer Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden gedachte derselbe in erhabenen Worten des verstorbenen Kollegen Paul Hartmann. Den einzigen Punkt der Tagesordnung bildete: „Die Vorgänge in der Halle'schen Genossenschaftsdruckerei.“ Der erste und zweite Vorsitzende legten, da sie in der Angelegenheit interessiert waren, die Leitung der Versammlung in die Hände des Kollegen Krone. Zur Berichterstattung erhielt das Wort Kollege Naß, der etwa folgendes ausführte: Bebauerklicher Weise ist es nicht das erste Mal, daß sich mehrere Versammlungen mit der hiesigen Genossenschaftsdruckerei zu beschäftigen haben. Schon seit langer Zeit gab die Geschäftsleitung immer wieder Anlaß zu neuen Klagen. Als im vorigen Jahre die erste Sezmachine aufgestellt wurde, kam es zu Differenzen, welche durch Aufstellung der zweiten Maschine noch vergrößert wurden. Für Aufstellung der Maschinen lag keine Veranlassung vor, da die Druckerei große Ueberschüsse abwirft und keine Konkurrenz zu fürchten hat. Den Anstoß zur gegenwärtigen Differenz gab folgendes Vorkommen: Vor kurzer Zeit wurde Kollege Klink aus einer andern Kondition zu einem Posten engagiert, welchen schon jahrelang in der Druckerei beschäftigte Kollegen versehen hatten. Auf diesem Posten sind folgende Funktionen zu verrichten: Auseinandernehmen der Kolonnen, Abziehen der Zeitungsplatten, Korrigieren derselben und Transport der Kolonnen nach der Stereotypie. Für diese beiden Posten wurden früher 25 Mk., später 27 Mk. Lohn gezahlt. Bei Gesuchen um Lohnhöhung wurde die Antwort erteilt: „Das ist genug für diesen Posten!“ Kollege Klink erhielt sofort 30 Mk. und sollte dadurch zu einem „Spezialarbeiter“ gestempelt werden. Da nun die beiden Sezmachines, an welchen drei Sezer täglich 2 1/2 Schichten beschäftigt werden, ihren Zweck, Arbeitslose zu schaffen, erfüllen, wurde am Donnerstag voriger Woche nach mehreren vorausgegangenen Entlassungen dem erst vor kurzem gebildeten Arbeiterausschusse von der Geschäftsleitung eröffnet, daß nunmehr infolge der geforderten Anciennität der etwa drei Jahre in der Druckerei stehende Kollege Pfeiffer entlassen werden müsse; die Entlassung war dann auch am Sonnabend erfolgt. Eine hierauf abgehaltene Druckerverversammlung stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß nicht Pfeiffer, sondern Klink der zuerst zu Entlassen sei, da derselbe der zuletzt Eingestellte und sein Posten nicht ein derartiger sei, welcher eine Spezialkraft erfordere. Dieser Beschluß wurde der Geschäftsleitung mitgeteilt, eine Einigung mit derselben jedoch nicht erzielt, infolgedessen das Personal den Arbeiterausschuss, welcher stets vor fertige Tatsachen gestellt und auch bei den Entlassungen übergegangen worden sei, zurückzog. Auf Wunsch der Geschäftsleitung trat der Ausschuss noch einmal in Funktion, die erneute Unterhandlung verließ aber ebenfalls resultatlos; der Ausschuss wurde mit dem Bescheide entlassen, die Geschäftsleitung wolle demselben am Montag ihre Entschlüsse mitteilen. Die Entschlüsse bestanden in folgendem Text, den sich die Geschäftsleitung ausgedacht hatte: Am Montag proklamierte sie den bisherigen Metteur Klink als Faktor und den bisherigen Sezer Klink als Metteur und glaubte sich nun den Rüdten genügend bedekt zu haben. Das

Bestreben der Geschäftsleitung ging also dahin, die alten, ihr unliebsam gewordenen Kollegen durch gezügigere zu ersetzen und wenn ihr dieser Schatzzug gelang, so hätte sie es in der Hand, immer nur Metzeure einzustellen. Im Interesse der allgemeinen Arbeiterfrage hatten wir bisher geschwiegen, nunmehr müßte aber die Kollegenschaft ein ernstes Wort reden. Redner stellte sodann fest, daß die Maschinenleger, welche alle Beschlässe in den Druckereiveranstaltungen mitgeführt hätten, in der heutigen Versammlung nicht anwesend seien. — An der hierauf einsetzenden, sehr sachlichen und regen Diskussion beteiligten sich die Kollegen König, Pfeiffer, Mendorf, Schirmer, Böschke, Chemnitz, Hallupp, Eißich, Gildenberg, Raß und Otto Hagenbüchner, zum Teile mehreremale das Wort nehmend. Von allen Rednern wurde sowohl die Handlungsweise der Geschäftsleitung der Genossenschaftsdrucker als auch das unfolgelose Verhalten der Kollegen Kochansky und Kling scharf verurteilt. König konstatierte, die Funktionen der beiden „befördernden“ Kollegen wären auch heute noch dieselben, wie vor der Ernennung; Kochansky verjähre seinen Metzeurposten und Kling leiste Handlangerdienste. Wie Kling in die Druckerei gekommen, sei nicht kollegial gehandelt, er habe keine Vertrauensstellung inne und sei deshalb vor Pfeiffer zu entlassen. Die Geschäftsleitung der Druckerei sei nur aus profitwärtigen Motiven zur Aufstellung der Sessmaschinen gekommen. — Pfeiffer: Wenn es sich nur um meine Person handelte, würde ich die Versammlung nicht beschließen, es handelt sich aber um das gesamte Personal. Daß man seitens der Geschäftsleitung den Kollegen Steine in den Weg werfen wolle, beweise die Einstellung des Kollegen Kling; dessen „Ernennung“ sei nur eine Schiedung. In der Genossenschaftsdrucker wird der Arbeiter vom Arbeiter ausgeht. Redner gab sodann noch einige Intermezzi zum besten, wie sie sich in der Druckerei abgepielt hätten, u. a. sei dem Kollegen Schacher auf der Treppe gekündigt worden; das gleiche Verfahren habe man auch bei ihm anzuwenden versucht, er sei aber nicht darauf eingegangen. — Mendorf sagte auf gegebene Anregung seine Bereitwilligkeit, diese Gelegenheit im Gewerkschaftsartikler zur Sprache zu bringen, zu. — Schirmer: Für die Genossenschaftsdrucker lag aus den schon angeführten Gründen keine Veranlassung zur Anschaffung der Sessmaschinen vor, wodurch dieselbe helfe das Arbeitslohnverhältnis vergrößern. Ein Arbeiterunternehmen müsse ein Musterinstitut sein, auf keinen Fall dürfe die Behandlung des Personals eine schlechtere sein als in jedem anständigen bürgerlichen Betriebe. Ein unterdessen aus der Mitte der Versammlung eingereicherter Antrag, die Kollegen Kochansky und Kling aus dem Verbande auszuschließen, wurde vom Redner als verfrüht bezeichnet; er beantragte daher, genannte Kollegen vor eine Versammlung zu laden, in welcher sie ihre Handlungsweise rechtfertigen sollten. — Böschke verneinte ebenfalls die Frage, ob Kling's Posten einen Spezialisten notwendig machte. Er lehnte für seine Person eine weitere Unterhandlung mit der Geschäftsleitung ab und bezichtigte dieselbe des Wortbruchs, da sie ihr gegebenes Versprechen, die getroffenen Abmachungen zu befolgen, nicht gehalten hätte; bei anderen Geschäftsleitungen fände man mehr Ehrlichkeit. — Chemnitz stellte fest, daß von unseren Versammlungen noch keine hiesige Druckerei so verurteilt worden sei als die Genossenschaftsdrucker. Er stellte sich im übrigen auf den Standpunkt Böschkes und erinnerte noch daran, daß Kollege Kling im Falle der „Leipz. Volkszeitung“ ebenfalls die Entlassungen nach Anciennität forderte. — Hallupp forderte die Versammlung auf, lauten Protest gegen die Machinationen der Geschäftsleitung zu erheben. — Raß machte Mitteilung von einem Beschlusse der Verwaltung der Genossenschaftsdrucker, nach welchem Buchdrucker niemals in die Verwaltung derselben gewählt werden können. Wie arbeiterfreundlich die Geschäftsleitung sei, zeige sich daran, daß sie bei unseren wirtschaftlichen Segnern, den Prinzipalen, um Rat ersucht hat, wie sie das Personal noch besser schikantieren könne. — Eißich wendete sich mit scharfen Worten besonders gegen Faktor Kochansky, nach dessen Eintritte in die Druckerei sich die Behandlung des Personals gegen früher noch bedeutend verschlechtert habe. — Gildenberg will seine Hand dazu bieten, den Frieden wieder herzustellen. Er würde an Kling's Stelle unter den gegebenen Verhältnissen in der Druckerei nicht angefangen haben. Die Kollegen hätten aber auch schon früher gegen das Verfahren der Geschäftsleitung Front machen sollen. — Hagenbüchner weist eine Aeußerung der Geschäftsleitung beim Engagement Kling's, unter dem Personale seien keine zuverlässigen Leute, entschieden zurück. Unter den jetzigen erleichterten Verhältnissen sei es ein Kinderpiel, diesen Posten auszufüllen, zumal die Kollegen unter schwierigeren Verhältnissen denselben jedenfalls nicht schlechter ausgefüllt hätten. — Der Ausschlußantrag wird sodann zugunsten des Antrages Schirmer, die beiden Kollegen vor eine Versammlung zu laden, zurückgezogen und letzterer einstimmig angenommen. — Folgender vom Kollegen Böschke im Laufe der Debatte gestellter Antrag: „Der Vorstand wird beauftragt, das Tarif-Vmt zu eruchen, eine präzise Antwort darüber zu geben, was als Spezialkraft anzusehen ist. Außerdem sind denselben die Verhältnisse in der hiesigen Genossenschaftsdrucker zu unterbreiten und wird in diesem Falle speziell um eine klare Auskunft gebeten. Ferner ist dem Parteivorstande Mitteilung von diesen Vorommnissen zu machen und derselbe zu eruchen, befalls Vermeidung eines öffentlichen Konfliktes vermittelnd einzugreifen,“

wird einstimmig angenommen. Ebenso die Resolution des Kollegen Mendorf, welche folgenden Wortlaut hat: „Die heute in Streichers Lokale abgehaltene Versammlung des Bezirksvereins Halle des Verbandes der Deutschen Buchdrucker drückt den Kollegen der Halle'schen Genossenschaftsdrucker ihre vollste Sympathie aus und verurteilt das bisherige Verhalten der Geschäftsleitung dem Personale gegenüber aufs entschiedenste.“ — Sodann erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Ulm-Neu-Ulm. Am 10. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine Generalversammlung ab. Aus dem Jahresberichte des Vertrauensmannes und des Kassierers ist folgendes zu berichten: Der Mitgliederstand betrug am Jahresanfang 39, am Schlusse 40 Mitglieder. In tariflicher Beziehung war das abgelaufene Jahr ein sehr zufriedenstellendes. Während wir bis vor zwei Jahren nur eine tariflose Druckerei am Plage hatten, haben in diesem Jahre folgende Firmen den Tarif unterschrieben anerkannt bzw. erneuert: „Ulmer Zeitung“, „Ulmer Volksbote“, die Wagner'sche Druckerei („Landbote“), die Druckerei von Bauer & Haas sowie die lithographische Anstalt von Walcher. Zu bedauern ist nur, daß in den übrigen Druckereien („Ulmer Tageblatt“, „Ulmer Schnellpost“, Druckerei von Frey und „Neu-Ulmer Anzeiger“) insoweit überwiegender Mehrheit von Nichtmitgliedern nichts erreicht werden konnte; wir hoffen jedoch, daß auch diese Druckereien dem Tarife näher gerückt werden mögen. Weiter ist unter Tariflichen zu berichten, daß die Verwaltung der gemeinsamen Drückerkasse Ulm auf Antrag beschloß, ihre Druckerarbeiten in nur tariffreien Druckereien herstellen zu lassen. — Auf zwei Sammellisten gingen für die Konditionslosen in Württemberg 16 Mark, für den invalid gewordenen Kollegen Metz 3,85 Mark ein. — Nach Erledigung der Tagesordnung der Generalversammlung dankte der Vertrauensmann allen denjenigen Kollegen, welche im vergangenen Jahre mitgewirkt und mitgearbeitet hatten, ermahnte sämtliche, treu wie bisher zur Fahne zu stehen und schloß mit einem Hoch auf den Verband.

Rundschau.

Weitere Extrakteure für die Crimmitschauer Textilarbeiter: Mitgliedschaft Fürth (20 Pfg.), Ortsverein Burg b. Magd. (20 Pfg.), Ortsverein Freiburg i. Br. (10 Pfg.).

An gewisse Leipziger Adressen. Der verstorbene schweizerische Fabrikinspektor Dr. Schuler schreibt in seiner Selbstbiographie über seine Erfahrungen im Verkehr mit Arbeiterführern folgendes: „Auch mit vielen Führern der Arbeiterpartei setzte ich mich, soweit sie in meinem Amte frei wohnten, in Verbindung. Mit einzelnen pflog ich eifrigen Verkehr. Ich habe mich dabei nicht selten von der Wohlmeintheit und ehrlichen Gesinnung von Leuten überzeugt, die als Gegner und Unruhestifter verschrienen waren. Ich habe manches von ihnen gelernt. Ich habe auch Vorstände der verschiedenartigen Vereine und Klassen kennen gelernt, mit ihnen die Arbeiterverhältnisse besprochen und durch sie manche Förderung meiner Bestrebungen erfahren.“

Ebenfalls an gewisse Leipziger Adressen. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hatte vor seiner letzten Generalversammlung an die einzelnen Verbände die Frage gestellt: Welche Erfahrungen sind bei den Ausländern gemacht worden? Aus Leipzig, allwo die Poßmann nicht am seltensten erklingen sollen, ging von den Bauunternehmern darauf nachstehende Antwort ein: „Besser verhandeln und von vornherein etwas zugeben, als sich durch lange Streiks das Geschäft für ein ganzes Jahr verderben und schließlich — trotz gewonnenen Streiks — freiwillig mehr bewilligen müssen, als anfänglich verlangt wurde; denn durch den Streik gehen die brauchbaren Kräfte weg. Je länger der Streik dauert, desto drängender werden die Bauten und nach beendeten Streik sucht jeder Meister verhältnismäßig mehr Leute, als er normal braucht. Folge: Ueberbieten an Böhlen.“ Ob diese Erkenntnis nicht auch in der Holztrabe reifen sollte? Die feitherigen Erfahrungen im Schriftgießereistreik drängen doch gewiß auch auf diesen Standpunkt hin.

„Ein Menetekel für den Gutenberg-Bund.“ So lautet die Ueberschrift eines Eingekamts in „Typograph“, womit also der Einfunder sagen will, daß der Gutenberg-Bund gefährlich, gewogen und zu leicht befunden und daß bereits von Weiserhand diese den naßen Untergrund des Bundes vertürenden Worte an die Wand geschrieben sind. Uns kann es nur recht sein, wenn diese Erkenntnis bei den Mitgliedern des Bundes einzieht, es ist aber auch möglich, daß der Verfasser des Eingekamts anders verstanden sein will; in diesem Falle geht es dem Herrn dann eben wie jenem Trompeter: er bläst gut hinein, aber es kommt schlecht heraus. Worin erblickt der betr. Herr nun ein Menetekel für den Gutenberg-Bund? Weil der Verband resp. Kollege Schoret in Essen keine Gewerkschaftszersplitterung fördern wollen. Und das ging so zu: In Essen standen die Gewerbeaufsichtswachen bevor. Das Gewerkschaftsartikler, dem auch die örtliche Organisation unsers Verbandes angeschlossen ist, stellte eine Kandidatenliste auf, wobei auch zwei Mitglieder unsers Verbandes berücksichtigt waren. Die in jenen christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter machten von ihrem Rechte, das wir ihnen nicht bestreiten, Gebrauch und traten ebenfalls mit einer Kandidatenliste an die Öffentlichkeit, auf der auch ein Mitglied des Deutschen Buch-

druckerverbandes figurierte. Pflichtgemäß mußten die Leiter des Verbandes in Essen dagegen einschreiten, denn in diesem Falle handelte es sich nicht um die freie Betätigung einer religiösen oder politischen Ueberzeugung, sondern um die Begünstigung von Gewerkschaftszersplitterung. Niemand wird den betr. Kollegen hindern, sich bei den christlichen Arbeitern zu organisieren, so lange er aber im Verbande organisiert ist, hat er sich dem unterzuordnen, was seitens der modernen Gewerkschaften gegenwärtig für die Vertretung in den Gewerbegerichten und für ein gemeinsames Vorgehen vereinbart ist. Hier kommt gar nicht in Betracht, ob die Organisationen der christlichen Arbeiter infolge einer mangelnden Neutralität der modernen Gewerkschaften existenzbedrohlich sind oder nicht, sondern daß sich unser Kollege eben der Gewerkschaftsdisziplin zu fügen hat. Man möge doch einmal die Konsequenzen ausdenken, die sich für jede Gewerkschaftsorganisation ergeben müssen, wenn deren Mitglieder nach Belieben in anderen Organisationen die Beschlässe der eignen durchkreuzen dürfen. Wir stehen den christlichen Arbeiterorganisationen nicht mit bedingungsloser Feindseligkeit gegenüber, wenn aber deren Leiter das logische und pflichtgemäße Vorgehen des Verbandes in Essen als „schamlos“ bezeichnen, hört eben die Diskussion auf, weil bei einer solchen Polemik vergeblich nach den Begriffen zu suchen ist. Daß nun irgend ein Mitglied des Bundes im „Typograph“ sich diesen fetten Happen nicht entgehen lassen würde, was vorauszusetzen, doch ist es müßig, gegen den wohlbekannten Herrn schweres Geschütz aufzuführen, sintermalen bei „Möhrchen“ im „Typograph“ die Konfusion mit jener Macht gepaart auftritt, gegen die Wötter selbst vergebens kämpfen. Bloß ein Beispiel dafür: die sozialdemokratische Partei wagt strenge darüber, „daß alle innerhalb des Verbandes etwa zutage tretenden gewerkschaftlichen Gegenbestrebungen im Keime erstickt werden“. Mann man mit weniger Worten mehr Unsinns sagen und ist dieser Stumpfsinn noch feitergerichtet? Im übrigen gehe es auch im Verbande nach dem Grundsatze: „Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein!“ Durch den „Corr.“ könne das bewiesen werden. Dies alles und noch mehr sagt der Herr „Einfunder“ und liefert damit zugleich den Beweis für die „geistige“ Ueberproduktion im „Typograph“ nach Form und Inhalt. Da der Gutenberg-Bund überhaupt in der deutschen Arbeiterbewegung bei Seite gestellt ist und nach Art der Dienstmänner — wir wollen damit diesem ehrenvollen Stande von Arbeitern nicht zu nahe treten — an der Ecke jeder Mann „ohn' Frag nach Art und Namen“ seine Dienste anbietet, so verbumdelt es uns gar nicht, daß der betr. Schmirandl dem christlichen Arbeiterführer August Brunt nachläuft und ihn anfließt, doch zu glauben, daß im Verbande der Deutschen Buchdrucker der größte Exorzismus herrscht und daß nur die seelforsgerische Leibwache des Bundes die Fortexistenz der christlichen Gewerkschaften garantieren kann. Aber der „Landgraf“ wird auch in diesem Falle hart bleiben, so daß dem Herrn „Einfunder“ weiter nichts übrig bleibt, als „einsam auf weiter Flur“ den Tränenkranz anzustimmen: „Verlassen, verlassen bin ich!“

Vor dem Gewerbegerichte in München wurde dieser Tage ein Fall verhandelt, welcher gewissermaßen eine Szene aus der Tiefe des Buchdruckergewerbes darstellt. Der Herausgeber und Redakteur des „Deutschen Herold“ suchte vor einiger Zeit in einem dortigen Blatte einen Nichtverbändler, „am liebsten frisch von der Lehre weg“. Unter andern bot sich auch ein schon etwas älterer Mann an für — 12 Mk. pro Woche und wenn noch mehr Offerten eingehen würden, wollte er gar für blanke 10 Mk. arbeiten. Nach vier Tagen wurde der blutige Mann jedoch wieder entlassen wegen ungenügender Leistungen. (Der Betreffende hat nach beendeter Lehrzeit fünf Jahre lang als Korrekturabzieher sein Dasein geleistet, scheint also mehr Hilfsarbeiter zu sein.) Er erhielt „aus Versehen“ 12 Mk. ausgezahlt, verlangte aber wegen kündigungsfreier Entlassung 36 Mk. für vierzehn Tage; der Faktor dieses Musterbetriebes meinte allerdings, der Mann sei sogar mit seinen 2 Mk. täglich zu teuer! Das Gewerbegericht verurteilte den Buchdruckereibesitzer Siegler nach Klageantrag zur Bezahlung von 36 Mk. und führte in der Begründung aus, daß derartige Verträge als gegen anerkannte Tarife gemacht, unzulässig seien und gegen die guten Sitten verstößen. Eine derartige Lohnbrückeri erschwere auch die Konkurrenz unter den Arbeitgebern. Dieses Urteil zeugt von einer sehr gesunden Auffassung des Gewerbegerichtes, wenn es auch zu bedauern bleibt, daß solche Schusterbuden noch immer solche vertrackten und untauglichen Elemente suchen und finden können.

Die in Nr. 2 gebrachte Meldung von einer Haus-suchung in der „Feiner Tagespost“ nach dem Verfasser eines gegen den dortigen Bürgermeister gerichteten Schmähschrift bedarf der Ergänzung. Nachdem nämlich eine zweite Haus-suchung in den Geschäftsräumen der „Feiner Tagespost“, den Privatwohnungen der Verleger, des Redakteurs, des Geschäftsleiters sowie eines Mitarbeiters resultatlos verlief, wurden der Redakteur Hempel sowie der Bürgerwächter Bach und der Buchdruckereibesitzer Hoffmann-Behrte unter dem Verdachte der Herstellung und Verbreitung dieser Schmähschrift in Haft genommen. Auf die Ermittlung der Hersteller und Verbreiter der Schrift sind 500 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Die „Essener Volkszeitung“ entrüstet sich nicht wenig über unsern Bericht vom Schoretprozesse (siehe Nr. 6 unter Rundschau) und meint, es wird hohe Zeit, daß der Verband der Deutschen Buchdruckergehilfen beim

„Correspondent“ wie auch bei dem „Allgemeinen Beobachter“ nach den Rechten steht, wenn er sich nicht dem berechtigten Vorwurfe aussetzen will, daß er seine katholischen Mitglieder vergebelt.“ Wir haben auf diese Anrufung der majestas populi zu erklären, daß unsre Notiz sich auf dem Prospektbericht aufbaut, teilen aber nach eingangs genannter Zeitung mit, daß auf dem ominösen Prospekt nicht die Worte „erndorf“, sondern „rendorf“ eingraviert sind, das Wort „Berdorf“ also nicht daraus zu bilden ist. Im übrigen verjagen wir uns, auf die Lebenswürdigkeiten der „Eifener Volkszeitung“ gegen uns einzugehen, da wir uns frei von Hyperempfindlichkeit fühlen.

In Charlottenburg verstarb der vor einiger Zeit in den Ruhestand getretene Reichsgerichtspräsident von Delschläger im Alter von 72 Jahren. Derselbe übernahm im Jahre 1891 als Nachfolger Simons die Leitung des höchsten deutschen Gerichtshofes, dessen Ansehen in der Folge nicht gerade eine Hebung erfuhr.

Edward Lassen, besonders bekannt geworden durch seine Musik zum Goethejahren „Faust“, ist im Alter von 74 Jahren in Weimar gestorben.

Dr. Wilhelm, der erst kurze Zeit amtierende Präsident des reichsstatistischen Amtes, ist ebenfalls gestorben.

Zu unsrer Notiz über das Warten der russischen Zensur wollen wir noch eine ergiebige Mitteilung machen. Unter den gänzlich verbotenen Büchern figurirt nämlich auch Gutsch, „Deutsches Buchdrucker-Liederbuch“ und der Lahrer, „Hinfende Boten.“ Das letztere ist in der Tat ein Buch, das die russische Zensur nicht überlebt hat.

Am 15. Januar rückte im Reichstage die siebente Großmacht ins Treffen, die Interpellation der Abgeordneten Dr. Jaenede und Böttger über den „Zeugniszwang der Presse“ stand auf der Tagesordnung. Es war leider nur ein Mandatverbot, keine ernsthafte, so oder so resultatreiche Schlacht, noch dazu bei nur schwacher Beteiligung des Hauses. Um es gleich vorweg zu sagen: Die Bedrücknisse der „kommunierenden Generale“ werden gewiß — d. h. soweit als tunlich nach bundesrätlicher Weisheit — Berücksichtigung finden, wozu sich Gelegenheit bietet bei der Reform des Strafprozesses. Ueber die Grundlagen dieser Reform schließt ja bereits eine besondere Kommission; nach dem rühmlichen Vorbild der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch wäre also die Frage des Zeugniszwanges der Presse bzw. die des Berufsgeheimnisses der Redakteure glücklich ad calendarum graecis verlag.

Der Interpellant Dr. Jaenede machte als Mann vom Fach seine Sache ganz vorzüglich, von einer Fingerringrede war da nicht groß etwas zu merken. Er führte aus, daß die Frage des Zeugniszwanges nun schon über 30 Jahre auf der parlamentarischen Tagesordnung stehe, also nur noch die Konkurrenz mit der Diätenfrage aufzuweisen habe, es müsse mithin etwas Feuer dahinter gemacht werden, um die Abschaffung des Zeugniszwanges zu beschleunigen. Heinrich Heines Worte: „Blamier mich nicht, mein schönes Kind, und grüß mich nicht Unter den Linden“ könnten auch auf das Verhältnis zur Presse noch immer Anwendung finden, der man in Deutschland immer noch als einem notwendigen Uebel begegnet; zwischendurch werden die Männer der Presse wohl einmal mit kommunierenden Generalen auf eine Stufe gestellt — wenn es sich um einen Vergleich mit amerikanischen Verhältnissen handelte. Redner erwähnt die Fälle Hildebrand von der „Pilsener“, die Inzestaktion gegen die „Leipziger Volkszeitung“, das Verfahren gegen die „Bankower Zeitung“, alles Vorgänge der letzten Zeit, und meint, die heutige Rechtsprechung gehe in dieser Beziehung ja weiter als die zehn Gebote; diese drohen nur Strafe bis in das dritte und vierte Glied, die Gerichte aber gehen vielfach bis auf die Zeitungsfrauen herab. In rein juristischem Sinne betrachtet sei ein solches Verfahren nur falsch, denn nicht der Uebertreter irgend eines Verstoßes, einer Notiz, sei verantwortlich, sondern einzig und allein der Redakteur; hier treffe die Parallele mit dem Arzt und dem Geistlichen betreffs des Amtsgeheimnisses durchaus zu. Es wäre eher eine schärfere Bestrafung für Verleumdungen durch die Presse geboten, als diese Angriffsmöglichkeit auf die berufliche Ehre eines Journalisten bestehen zu lassen. Deshalb könne nur die Lösung sein: Fort mit solchen mittelalterlichen Vorschriften! Der Staatssekretär Nieberding versicherte, daß die Gerichte nur höchst selten von dem Zeugniszwangsverfahren Gebrauch machten, die von ihm aufgeführten Fälle beweisen aber nur, daß man neuerdings diese Daumenschnur wieder mehr in Anwendung bringt, deshalb ja auch die allgemeine Erregung in der Presse. Wenn der Leiter des Reichsjustizamtes erklärte, die Regierung habe vielfach Grund, der deutschen Presse dankbar zu sein, so ist das weniger eine platonische Liebeserklärung, als — wenigstens unversucht — eine bis zu einem gewissen Grade selbstverständliche Anerkennung. Im übrigen gab der Staatssekretär die gleich eingangs als Extrakt der Debatte erwähnte Versicherung ab, erklärte aber noch ausdrücklich, daß für eine gänzliche Aufhebung des Zeugniszwanges die Regierung auch fernher nicht zu haben sei; der Reichstanzler werde nach reiflicher Erwägung an eine wohlwollende Lösung der Frage herantreten. Abgeordneter Koerer (Zent.) ist mit seinen Gefinnungsgeossen ebenfalls für eine Beschränkung des Zeugniszwanges und mit der Verbrüderung des Staatssekretärs auf die neue Strafprozessordnung einverstanden. Die besten Treffer hatte der Abgeordnete Heine (Sog.), welcher die Zusicherungen des Regierungsvertreters als besonders tröstlich für die alten Mitglieder des Hauses bezeichnete, die schon seit 30 Jahren gegen den Zeugniszwang ankämpfen und nun die Botenschaft von

den wohlwollenden Erwägungen und reiflichen Prüfungen als Wechsel auf eine ferne Zukunft hinnehmen sollen. Der Fall Heine vom „Vorwärts“ fand detaillierte Erwähnung und dadurch das jegliche System eine wirksame Beleuchtung. Den Zeugniszwang beseitigen und die Verleumdungsstrafe verschärfen sei allerdings in nichts irgend eine Besserung. Die Geheimnisthämerei der Bürokratie solle nur beseitigt werden, dann wäre viel erreicht. Der konservative Abgeordnete Hübner hält mit seinen politischen Freunden die Aufhebung des Zeugniszwanges nicht für im Interesse der ordentlichen Rechtspflege liegend. Der Pole Kulerski führte unter Erteilung von Ordnungsrufen aus, daß der Zeugniszwang auch in den Dienst des Nationalismus gestellt werde, daß dieser Druck wiederholt als Kampfmittel zur Herabsetzung der polnischen Presse angewandt sei. Von der freisinnigen Volkspartei sprach Abgeordneter Mblach für die Beseitigung des Zeugniszwanges. Die Regierung solle ihr Wohlwollen für die Presse durch Betätigung in dieser Richtung bezeugen. Abgeordneter Gerlach (v. Bgg.) bezeichnete die regierungsseitige Erklärung sehr richtig als recht dunkel, wie sich andere Parteien damit begnügen könnten, sei unverständlich. Interessant sei, daß die „Deutsche Tageszeitung“ den Zeugniszwang wohl aufgehoben wissen will, nur aber nicht für die sozialdemokratischen Redakteure, während die „Post“ überhaupt für eine Beschränkung oder Aufhebung des Zeugniszwanges nicht zu haben sei. Gegen eine Verschärfung der Bestrafung von Verleumdungen müsse auch er sich erklären, lieber dann doch den Zeugniszwang behalten. Der Abgeordnete Wendt von der Reichspartei meinte, es könne nicht die Aufgabe des Staates sein, irgend jemand zu einer ehrenlosen Handlung zu zwingen; zur Ehre der Presse müsse anerkannt werden, daß die Redakteure sich nicht zu solchen Vertrauensbrüchen hergeben. Er verlange deshalb die Aufhebung des Zeugniszwanges selbst auf die Gefahr einer Erhöhung der Verleumdungsstrafen hin. Der sächsische Regierungsvertreter machte einen mißlungenen Versuch, das bekannte Verfahren gegen die „Leipziger Volkszeitung“ zu rechtfertigen. Die Mohrenwäunde an der Regierung, Gerichts- und Polizeikritik Sachsens ist im Reichstage noch nie von sichtbaren Erfolgen begleitet gewesen.

Nunmehr hat auch der preussische Landtag seine von keinem oder doch fast von keinem — es gibt ja jetzt ein paar sog. Arbeitervertreter in Preussens Parlament! — Führer der misera contribuentis plebs gehörten Verhandlungen aufgenommen und zwar in dem mit der Preussischen (Herrenhaus) gemeinsamen neuen, prächtigen Hause. Die Thronrede spricht von der Wiederbelebung des Verkehrs und der Hebung der Staatseinnahmen, so daß der zur Verfügung gestellte Kredit von 70 Millionen Mark voraussichtlich nicht in Anspruch genommen werden braucht. Die Staatsbahnen sollen ausgebaut, die Betriebsmittel vermehrt und den Bahnwärtern eine Verbesserung ihrer Gehaltsbezüge zuteil werden (also genau das Gegenteil von dem im sächsischen Landtage für das Eisenbahnwesen in Sachsen vorgezeichneten Wegen). Im weiteren sollen die Wohnungsverhältnisse der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und der gering besoldeten Beamten einer Verbesserung unterzogen werden. Die vielumstrittene Kanalvorlage soll ihre Wiederaufstellung in dem Ausbau „der dringlichsten Wasserstraßen“ im Osten und Westen feiern, d. h. es soll eine Schiffsfahrtsstraße vom Rhein bis nach Hannover gebaut werden. Ob aber diese Zeitfreude die Zustimmung der kanalenfeindlichen Agrarier finden wird, ist auch noch zweifelhaft. Von der Erweiterung des Vereinsgesetzes in bezug auf die Einschränkungen für Frauen und der in letzter Zeit so vielen Staub aufwirbelnden Scherfenschen Parlotterie — ganz abgesehen von noch vielen anderen Fragen — war kein Wortlein zu vernehmen, wie denn überhaupt diese Thronrede sich auszeichnet durch das, was sie verschweigt. Die fruchtbarste Tätigkeit der Herren Landtagsabgeordneten und der noch positiveren Arbeit verrichtenden Herrenhäuser kann also beginnen.

In der Arbeiterpresse wird darauf aufmerksam gemacht, daß neben den Polizeibehörden und den Lehrern auch die Krankenkassen zur Ueberwachung des Kinderzuschlaggesetzes in Frage kommen. Da das Krankenversicherungsgesetz keine Altersgrenze nach unten kennt, müssen die in gewerblichen Betrieben beschäftigten fremden Kinder angemeldet werden; auf diese Weise ließe sich kontrollieren, ob Kinder in verbotenen Betrieben und in nicht zugelassenem Alter beschäftigt werden.

In einer Berliner Protestversammlung gegen den Gesehntwurf über die Kaufmannsgerichte, in welcher auch Vertreter des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes das Wort zur Kritik an dem Entwurfsnahmen, wurde ausgeführt, daß infolge des Einflusses der Handelskammern und des Zentralverbandes deutscher Industrieller durch den neueren Entwurf jetzt nicht weniger als 133 Städte mit starker Handelsbevölkerung für die Errichtung von Kaufmannsgerichten ausgehakt seien. Es wurde Ausdehnung auf alle Gemeinden verlangt und engste Verbindung mit den bestehenden Gewerbegerichten.

In Ulm haben zum erstenmale die Gewerbe-gerichtswahlen nach dem Proportionalwahl-system stattgefunden. Es wurden 97 Zettel abgegeben, davon entfielen auf die freien Gewerkschaften 549, auf die Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften 207 und auf die vereinigten christlichen Vereine 226. Die freien Gewerkschaften erhalten 7, die Hirsch-Dunkerischen 2 und die christlichen Vereine 3 Mitglieder.

Von den Stachelzäunen der Eintragung in das Vereinsregister finden wir in der Wochenchrift „Der Zeitungs-Verlag“ wieder eine Probe; genanntes Blatt schreibt: „Wegen der Haltung des Verbandsorgans der Militärämter der Steuerverwaltung Preussens hatte der Polizeipräsident von Berlin gegen die Eintragung des Verbandes in das Vereinsregister Einspruch erhoben. In seiner Klage betonte der Verband, daß er nach seinem Statut politische oder sozialpolitische Zwecke nicht verfolge. Das Verbandsorgan sei völlig unabhängig vom Verbandsrat und brauche nicht einmal Einfindungen und Beiträge der Verbandsmitglieder aufzunehmen; unerheblich sei es, daß die Redakteure des Verbandsorgans Mitglieder des Verbandes werden können. Der Bezirksaus-schluß entschied auch zugunsten des Verbandes und das Oberverwaltungsgericht wies die Berufung des Polizeipräsidenten als unbegründet zurück, da die Haltung des Verbandsorgans deshalb für die Frage, ob der Verband politische oder sozialpolitische Zwecke verfolge, nicht weiter in Betracht komme, weil die Redaktion dem Verbandsrat gegenüber unabhängig dastehet.“ Im Reichstage steht ja demnach die Frage der Anerkennung der Berufsvereine wieder zur Beratung, auch verkannt, die Reichsregierung werde den in diesem Zentrumsantrag verlautbarten Wünschen weitestenteils entgegenkommen zeigen — wie dieser Vorgang abermals beweist, ist auch gründliche Remedur in dieser Beziehung sehr notwendig.

Wegen einer in einer Volksversammlung zu Müßen (St. Michael) geübten Kritik an der Preussischen Kaiser-rede erhielt Rosa Luxemburg von der Strafkammer in Zwickau drei Monate Gefängnis zudiktirt.

Die lieben Arbeitswilligen. Wir haben unter dieser Stichmarke schon viel von dem besondern Schutze — um nicht zu sagen: außerordentlichen Rechtsverhältnissen — der nützlich, um das nationale Wohl sehr verdienten Elemente, vor denen auch der nach Ermittlung geandete sächsische Geheimrat Koscher eine unbegrenzte Hochachtung empfindet, mitzuteilen gewünscht. In Paul bei Nürnberg hat nun so ein Ketter in der Not bei seinem Arbeitgeber einen schweren Einbruchsdiebstahl begangen und bezeichnenderweise nur Schwären gestohlen. Demzufolge wird man besser tun, statt von den lieben von den armen Arbeitswilligen zu reden.

Am 1. April d. J. wird das Kohlenyndikat eine Erhöhung der Brikkettpreise um 1 Mk. pro Tonne eintreten lassen.

Der Spirituskrieg, welcher erst im Dezember seine Preise um 6 Mk. erhöhte, hat dieselben im Januar abermals um 3 Mk. heraufgesetzt. Die Schröpfung des Volkes wird also um so intensiver betrieben, je mehr die Syndizierung der einzelnen Industriezweige fortschreitet, das vulgäre Volk aber wird allein der Begehrlichkeit ge-ziehen.

Originelle Selbsthilfe. Als vor kurzem in Göttingen bekannt wurde, daß auch in die Stadt der berühmten sieben Professoren die bösen Warenhäuser ihren Einzug halten würden, beschlossen die dortigen Gewerbetreibenden zunächst, alle Göttinger Zeitungen zu bestimmen, für das Warenhaus keine Inserate aufzunehmen. Als Entschädigung für dieses Entgegenkommen haben sich die sämtlichen Kaufleute verpflichtet müssen, innerhalb der nächsten drei Jahre um 10 vom Hundert als bisher mehr zu inserieren. Ferner kam man dahin überein, in einem dem Waren-haus gegenüberliegenden Hause ein Zimmer zu mieten, von dem aus die gesamte Warenhausfront übersehen werden kann. In diesem Zimmer werden ein oder mehrere stadtkundige Leute ein Verzeichnis über die Warenhausbesucher aufstellen, das jeden Tag vervielfältigt und den einzelnen Ladeninhabern zugestellt wird. Entdeckt nun einer auf dieser Liste einen Warenhausbesucher, dessen Name schon lange eine Fierde seines Kontobuches gewesen ist, so wird er ihn mit einem Brieflein besorgen, dessen Inhalt etwa so lautet: „P. P. Wie ich erfuhr, haben Sie gestern im Warenhaus Einkäufe gemacht. Das erinnert mich an Ihr geehrtes Konto, welches ich schon seit so und so viel Jahren durch mein Hauptbuch hindurchschleppen muß. Im Warenhaus haben Sie sofort bezahlen müssen. Ich nehme daher an, daß Sie jenen bei Kasse sind, und erlaube mir, die Tilgung meines Guthabens in Eintreuerung zu bringen. Sollten Sie nicht binnen drei Tagen Ihren Verpflichtungen nachgekommen sein, dann sehe ich mich leider veranlaßt, usw.“

Die Stadtverwaltung Nürnbergs, welche in der Mehrzahl aus freisinnigen Männern besteht, hat wiederum bewiesen, daß sie keine Musterarbeitgeberin ist. Die bei der Grunderneuerung beschäftigten Arbeiter verlangten nämlich Bezahlung der Ueberstunden mit einem Aufschlag von 25 Proz., bis jetzt bekommen sie keinen Pfennig trotz recht häufigen Vorkommens der Ueberstunden. Die Stadtverwaltung glaubt aber das nicht tun zu können, was in den meisten Privatbetrieben schon längst durchgeführt ist, sie wies das Gesuch ab, da die Ueberstunden eine Eigentümlichkeit des Betriebes und die Löhne der Grunderarbeiter schon ohnedies höher seien als die anderer städtischer Arbeiter. Diese Ueberstunden aber selten den Betrag von 3 Mk. pro Tag. Nur den Maschinenarbeitern und den Schlauchlegern wurde eine tägliche Lohnerhöhung von 20 resp. 15 Pf. gewährt.

Charlottenburg ist gegenwärtig die reichste Stadt Preussens und jedenfalls auch Deutschlands. Das durch-schnittlich veranlagte Jahreseinkommen beträgt dort 4125 Mark, in Frankfurt a. M., welches bis 1901 an der Spitze der „schweren“ Kommunen marschierte, ist es von 5405 auf 4115 Mk. zurückgegangen. Nach der Mainfradt

folgen jetzt Nachen, Breslau, Königsberg, Posen, Köln, Berlin kommt erst an vierzehnter Stelle mit 2654 Mk. Wie aber mögen in diesen Städten die sämtlichen Einkommensverhältnisse sich spezialisieren!

Nach einer Dauer von 21 Wochen und 3 Tagen sind die Crimmitschauer Textilarbeiter in ihrem Kampfe unterlegen. Am kritischen 18. Januar erfolgte die Kapitulation — bedingungslos! Ob die am Tage zuvor in Berlin bewerkstelligte Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes, an dessen Spitze die berühmten Namen Voepelius, Hofm, Weumer, Wendlandt, Bueck und Vogel glänzen, von ausschlaggebender Bedeutung für die Leitung der Crimmitschauer Textilarbeiter gewesen ist? Mit Geldmitteln sollen die Kämpfer in Crimmitschau ja noch reichlich versehen sein, es bleibt also nur die Annahme offen, daß die Fortsetzung des so überaus schwierigen Kampfes in eine ungewisse Zukunft bei dieser von dem geeinten Unternehmertume ganz Deutschlands gestellten Wuchprobe die Aussichten auf ein einigermaßen günstiges Ende nur noch verunglücken würden; das Versammlungsverbot der Behörden tat jedenfalls nicht sein letztes zu diesem bedauerlichen Ausgang. So unterlagen denn nach einem heroischen Kampfe die braven Zehnstundenkämpfer in Crimmitschau; die Sympathien des ganzen sozial empfindenden Deutschlands, die beispiellose Opferfreudigkeit der deutschen Arbeiterklasse vermochte nicht, sie vor diesem schmerzlichen Resultate zu bewahren. Und allem Anscheine nach wird es nun auch in Crimmitschau wie einst bei der Einnahme Roms heißen: Wehe den Besiegten! — Die Textilarbeiter in Pöschau mußten sich, wie bereits mitgeteilt, eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde (von 12 $\frac{1}{2}$ auf 13 $\frac{1}{2}$ Stunden!) gefallen lassen.

Der Zustand der Stockholmer Hafnarbeiter ist nach einer Dauer von zehn Monaten beendet. Die Reduktionsgefühle der Unternehmer wurden abgeschlagen. Ein Lohnvertrag bis zum April 1905 und ein permanentes Schiedsgericht und sehr günstige Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung sind das Ergebnis dieses langen Kampfes. — Der Generalstreik in Bialystok in Rußland-Polen, welcher am 5. Juli begann, ist so gut wie beendet. In manchen Fabriken wurden Lohnerhöhungen erreicht, eine Verkürzung der Arbeitszeit jedoch nirgend. Der Streik dehnte sich auf 27 Fabriken und viele kleinen Werkstätten mit insgesamt 3000 Arbeitern aus.

Gingänge.

Schweizer Graphische Mitteilungen. Redaktion und Verlag: Aug. Müller in St. Gallen. 12. Jahrgang. Heft 8 u. 9. (Neujahrsnummer 1904.) Preis pro Halbjahr (12 Hefte) 4,50 Mk. Wir hatten erst in Nr. 5 Gelegenheit genommen, die prächtige Weihnachtsnummer des Deutschen Buch- und Steindruckers mit seinen 112 Seiten Text und zahlreichen Kunstbeilagen rühmend hervorzuheben und heute liegt vor uns die obige technische Zeitschrift, ein würdiger Rivale der deutschen Monatschrift. Auf 35 Seiten Text werden die unterschiedlichsten gewerblichen und technischen Fragen in dieser Neujahrsnummer der Schweizer Graphischen Mitteilungen behandelt, während etwa 20 Kunstbeilagen aus allen Zweigen der reproduzierenden und druckenden Künste von hervorragendem Können der betreffenden Anstalten Zeugnis ablegen. Welche genannte Festnummern können wir unseren technisch vorwärtstrebenden Lesern aufs wärmste zum Studium empfehlen.

Für Alle Welt vereinigt mit „Zur Guten Stunde“, illustrierte Zeitschrift mit der Abteilung Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin und Leipzig. Heft 9. X. Jahrgang. — Jährlich erscheinen 28 Hefte à 40 Pf.

Moderne Kunst, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Rich. Bong & Co., Berlin W 57. Heft 8. — Jährlich 24 Hefte à 60 Pf. Nicht weniger als 25 große und kleine Bilder, darunter drei wundervolle Holzschnitte (Ponalfall — Jola di Garba — Olivenbain) und drei farbige ganzseitige Kunstblätter (Villa am Gardasee — Desterreichischer Postkutter — Bild auf die Ponalstraße vor Niva) von A. Santer, Zeno Diemer und Ernst Schulze versehen uns mitten in die Schönheiten des Sees Gattull, den wir, geleitet von dem kundigen Führer R. Nücht, von Niva aus über Arco, Malcesine usw. erst an seinem Aufstuf entlang bereisen bis nach Serrione hinunter, um von dort aus am Westufer über Salo und Riviera Gardone, Tremosine und Simone nach dem Ausgangspunkte zurückzuführen.

Die Internationale. Vierstimmig gesetzter Männerchor, dem Liede des Center Arbeiters Pierre de Geyter nachgebildet, deutscher Text von Franz Diederich. Preis der einzelnen Stimme 10 Pf., Partitur 25 Pf. Verlag von Kaden & Co. in Dresden. Die gesonderte Aufführung der Texte zu den Versen 3 bis 5 dürfte den Beifall der Sänger nicht finden.

Griestkasten.

A. B. in Fiedrichheim: In diesem Falle müssen Sie sich an die Wergenthaler Seppmaschinenfabrik, Berlin, Chausseestraße 17/18, wenden. Aber billig kommt unsern Wissens die Sache nicht zu stehen. — E. R. in Berlin: Aus taktischen Gründen abgelehnt. — R. 229: Westen Dant, aber nicht verwendbar, weil — leider — ein zu alltäglicher Vorgang und mit gewerblichen und beruflichen Interessen nichts gemein, wie Sie wohl selbst zugeben müssen. — S. R. in Posen: Wenn Sie sich der schweren Vorwürfe bewußt wären, die Sie gegen die Tätigkeit der

„Corr.“-Redaktion schleudern, würden Sie sich größere Mühe aufzulegen haben. Das wir „das geistige Leben der großen Buchdruckerfamilie auf das Niveau des Stumpfsinnes herabdrücken“ und der Prinzipalität „kein Härchen krümmen lassen“, diese Vorwürfe sind so liebe alte Bekannte, daß wir sie von Zeit zu Zeit gern begrüßen. Daß Sie unsern Austritt aus der Redaktion wünschten und uns dafür den Posten eines Schriftführers im Ortsvereine Posen zur Verfügung stellen, diesen Vorschlag werden wir akzeptieren, wenn Sie mit uns zu tauschen bereit sind. Und das alles, weil wir einige Streichungen im Jahresberichte vorgenommen. Ja, ja, „in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister!“ Wollen Sie gegen unerträgliche Verhältnisse bei teigender einer Firma im „Corr.“ polemisieren, stehen Ihnen dessen Spalten offen, daß Sie aber diesen Willen hatten, ging aus den paar getrickelten Notizen in Ihrem Jahresberichte nicht hervor. Und das eine merken Sie sich: je schärfer die Anklagen sind, die gegen eine Firma erhoben werden, desto mehr richten sich dieselben auch gegen das betreffende Personal, das sich seit langem eine Masse von Ungerechtigkeiten gefallen ließ. Neben Bericht, nachdem er fertig ist, zur Prüfung nochmals dem Vordrucken zurücksenden, dazu können wir uns nicht verstehen, weil wir zwar nicht oft, aber doch mitunter in der Redaktion auch zu arbeiten haben. — P. M. in Berlin: Die Ablehnung riskieren wir aus naheliegenden Gründen nicht, doch noch etwas Geduld; hatten jetzt mit vielen aktuellen Erscheinungen zu tun. Gruß!

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüreau: Berlin SW 29, Chausseestraße 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten und zwar für:

die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Friedbad 41; die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lausanne, Chaleat du midi, chemin Jurigoz; die italienische Schweiz an F. Balschedi, Lugano, Via nuova 13; Elsaß-Lothringen an Alphons Schmolz, Straßburg, Langestraße 146; Desterreich an Franz Reismüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25, 4. Stiege, II. Stock 33; Belgien an Wilh. Sachlage, Place de la Duchesse 6, Brüssel; Ungarn an Julius Peidl, Budapest VIII, Stähly-utca 7; Preußen an Samu Böw, Preßburg, Michaelergasse 16; Holland an S. Hols, Amsterdam, Bloemstraat 60 huis; Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nybrogade 12 K. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Buchdruckerverein von Hamburg-Altona. Die nächste Vorstandssitzung findet Sonnabend den 23. Januar, abends 9 Uhr, im Vereinslokale (A. Franzen), Michaelisstraße 46, statt.

Neinland-Beifal. Um eine möglichst zeitige Fertigstellung des Rechenschaftsberichtes pro 1903 zu ermöglichen, werden die Herren Bezirkskassierer ersucht, die Fertigstellung der Abrechnungen pro 4. Quartal nach Möglichkeit zu beschleunigen.

— Da für den Gaudorsteher bestimmte Postsendungen noch vielfach unrichtig adressiert sind, geben wir nochmals die Adresse deselben bekannt: Peter Graßmann, Eifen, Wiesenstraße 20, II.

Schleswig-Holstein. Der diesjährige Gantag findet Donnerstag den 31. März in Neumünster statt. Jahresberichte und Kandidatenliste zur Gantagsdelegiertenwahl sind bis zum 15. Februar an den Gaudorsteher einzufenden.

Bezirk Bonn. Der Vorstand für Bezirk und Ort besteht auch im laufenden Jahre aus den bisher amtierenden Kollegen.

Bezirk Duisburg. Der Vorstand, welcher zugleich den Ortsvorstand bildet, setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: B. Ahlbrink, Austraße 17, erster Vorsitzender; S. Bauhey, zweiter Vorsitzender; S. Bimar, Heerstraße 2, Kassierer; M. Berndt, erster Schriftführer; G. Weibrauch, zweiter Schriftführer. Alle Angelegenheiten des Kassierers werden nicht im Geschäft, sondern nur in dessen Wohnung, Heerstr. 2, erledigt.

Ansbach. Der Vorstand der hiesigen Mitgliedschaft für das Jahr 1904 setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Witz, Delz, Bergstraße 19, Vertrauensmann; Hans Klingler, Fischstraße 9, Kassierer; Markus Wimmer, Schriftführer; Fr. Frieß und G. R. Meyer, Weißer bzw. Weißhoren; Gg. Bruder, Bibliothekar und M. Wagner, Krankenbesucher.

— Der Seher Valentin Katak aus Zaborze in Oberschlesien wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Bibliothek gegenüber nachzukommen.

Burg b. M. Der Vorstand unser Ortsvereins besteht für das Jahr 1904 aus folgenden Kollegen: Maxin.

Steffenhagen, Zehster Chaussee 2, Vorsitzender; Rob. Gienich, Franzosenstraße 38, Kassierer; Josef Blas, Schriftführer; Michael Blas und Hermann Suß, Beisitzer.

Charlottenburg. Der Vorstand des Ortsvereins Charlottenburger Buchdrucker besteht aus den Kollegen: Emil Nowack, Berliner Straße 126, Vorsitzender; Bernhard Hölzner, Spreestraße 3, IV, Kassierer; Paul Schulze II, Schriftführer und Otto Wegener, Beisitzer.

Büren (Nid.). Der Ortsvorstand besteht aus nachfolgenden Kollegen: E. Nagler, Bülpickerstr. 23; Vorsitzender; Otto Lindenberg, Kassierer; Max Welzel, Schriftführer; Kessler, Beisitzer.

Freiburg i. B. Der Vorstand für 1904 besteht aus folgenden Kollegen: Ludw. Semar, Reiterstraße 17, erster Vorsitzender; Steinberg, zweiter Vorsitzender; Rich. Jakob, Lehenstraße 20, Kassierer; E. Säckle, Schriftführer; Oskar Rabich, Reisekasserverwalter; Paul Ewert, Bibliothekar; A. Westermann und Merk jr., Revisoren.

Fürth i. B. Der Ortsvorstand setzt sich zusammen aus den Kollegen: Friedr. Scherzger, Bogenstr. 9, II, Vertrauensmann; Emil Vogel, Schriftführer; Paulus Eckardt, Mohrenstraße 24, Kassierer; Ledner und Wiedemann, Revisoren und Schreier, Bibliothekar.

Greiz. Der Vorstand für das Jahr 1904 besteht aus folgenden Kollegen: D. Ludwig, Hertelstraße 1, I, Vorsitzender; A. Behold, stellvertretender Vorsitzender; Frz. Wende, Goethestraße 3, Kassierer; Franz Jähner, Schriftführer; S. Hennig, Bibliothekar; A. Ernst und P. Franke, Revisoren.

Heidelberg. (Buchdruckmaschinenmeister-Klub.) Karl Kunz, Ingurstraße 9, Vorsitzender; Mart. Schumann, Druderei von Höning & Verlenbusch, Kassierer; Wilh. Betermann, Schriftführer; Hermann Schmitt, Bibliothekar.

Landsjut a. Har. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins setzt sich für das laufende Jahr wie folgt zusammen: E. B. Koller, Kirchgasse 248, Vorsitzender; Ludwig Mandl, Altstadt 295, Nidg., Kassierer; Frz. Kav. Hermann, Schriftführer; Josef Friedl und Ferdinand Pfeil, Revisoren.

Milheim (Nid.). Der Vorstand für das laufende Jahr setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Jakob Schumacher, Göttestraße 5, erster Vorsitzender; Rudolf Riggemeier, zweiter Vorsitzender; Hans Gräßfeld, Steinstraße 15, Kassierer; Rudolf Kötigen, Schriftführer.

Offenburg. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins setzt sich für dieses Jahr wie folgt zusammen: G. Gärtner, Vorsitzender; G. Schnell, Kassierer, beide Moltkestr. 28; Karl Meister, Schriftführer.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Bremen 1. der Seher Diebold Steinmez, geb. in Bremen 1878, ausgel. das. 1897; 2. der Drucker Rud. Engel, geb. in Hamburg 1874, ausgel. das. 1893; waren schon Mitglieder. — Jos. Dstka, Weisterbeid 32.

In Brilon i. W. der Seher August Dauer, geb. in Dörenbach 1885, ausgel. in Bergabern 1903; war noch nicht Mitglied. — In Hagen i. W. der Seher Josef Almann, geb. in Bockta 1881, ausgel. das. 1899; war schon Mitglied. — Louis Lorenz in Hagen i. W., Feyerweg 1c.

In Frankfurt a. M. die Seher 1. Ant. Waßtrab, geb. in Raitn a. Lech 1882, ausgel. 1898; 2. Hugo Schoor, geb. in Kesselfeim b. Koblenz 1883, ausgel. 1901; waren noch nicht Mitglieder; 3. Hermann Schumacher, geb. in Koblenz 1878, ausgel. das., war schon Mitglied. — Heinrich Kinkel, Haldestraße 78, II.

In Hamburg die Seher 1. Adolf Krüger, geb. in Hamburg 1860, ausgel. das. 1879; 2. Christian Petri, geb. in Hamburg 1858, ausgel. das. 1877; 3. Albert Reinke, geb. in Neustadt b. Danzig 1864, ausgel. in Dömitz a. E. 1883; waren schon Mitglieder. — A. Demuth, Kaiser Wilhelmstraße 40, I.

In Hamm der Seher S. Heymann, geb. in Hamm 1885, ausgel. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — In Schwerte der Seher Franz Gith, geb. in St. Witz 1885, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — S. Becker in Dortmund, Kieselstraße 5, I.

In Pasing der Seher Franz Traß, geb. in Rippenberg 1882, ausgel. in Gelsenfeld 1899; war noch nicht Mitglied. — Ludvig Joellisch in Münden, Quensstr. 22, I. In Schkeuditz der Drucker Karl Pfiesdel, geb. in Marktneukirchen 1884, ausgel. in Delsnig i. B. 1903; war schon Mitglied. — S. Höfer in Reiz, Weinbergstr. 8.

In Schleswig der Seher Karl Verlach, geb. in Kiel 1879, ausgel. das. 1896; war schon Mitglied. — F. Chr. Heilmann in Hensburg, Angelburgerstraße 44. In Sterkrade der Seher Peter Mehltopf, geb. in Solingen 1871, ausgel. in Wattenstein 1889; war schon Mitglied. — B. Ahlbrink in Duisburg, Austraße 17.

In Linz a. D. der Seher Josef Vogt, geb. in Brunn 1879, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied. — F. Kirchberger in Linz a. D., Altstadt 4, I.

In Prag der Seher Christian Schödel, geb. in Selb i. Bayern 1883, ausgel. in Ufch (Böhmen) 1901; war noch nicht Mitglied. — Karl Kruiert, Smedagasse 599.

Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Neunter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1903.

(Begründete Einwendungen gegen die Aufnahme einer Firma sind spätestens innerhalb 14 Tagen einzureichen.)

I. Kreis.

Hiel: Volkmann & Ehlers; Peters, Hans Hugo; Roepfler, Karl S.

II. Kreis.

Duisburg: Schmitz, Gustav.

Sidel: Wolf, M. C.

Firn: Geib, August.

Krefeld: Hohns, Gustav.

Schtrup, Karavus, A.

IV. Kreis.

Bonnndorf: Weichle, Leo.

VI. Kreis.

Näckerleben: Besthorn, S. C.

Weißenfels a. S.: Saupé, Johannes.

VII. Kreis.

Leipzig: Fieder, Theodor; Köhler, Bernh.

VIII. Kreis.

Frankfurt a. O.: Köhler, Franz.

IX. Kreis.

Heilsberg (Ostpr.): Wolff, A.

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien geführten wurden die Firmen:

Nichter in Weicherohe (VI. Kreis), Gust. Franke (Erich Meyer) in Berlin (VIII. Kreis).

Schiedsgerichte betreffend. Bielefeld: Gehilfenvorsitzender ist Herr Louis Ernst, Hohndorferstr. 51. — Breslau: Gehilfenmitglieder sind die Herren: Heinr. Köhler, F. Pultrod, Fr. Hoppe; Stellvertreter die Herren F. Maschewski und R. Haneberg. — Dortmund: Gehilfenvorsitzender ist Herr Franz Hümmgen, Burgholzstraße 6. — Effen: Desgleichen Herr P. Graßmann, Wisenstr. 20, II. — Hagen: Desgleichen Louis Lorenz, Fleyerweg 1c.

Arbeitsnachweise betreffend. Düsseldorf: Verwalter Herr P. Born, Benratherstraße 6a (Buchdr. der Volkstz.). — Hagen: Berr. Herr Hugo Beckmann, Sternbergstraße 27.

Berlin, 17. Januar 1904.

Gg. W. Büxenstein, L. S. Giesede, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Zur Beachtung für nach Oesterreich reisende Kollegen. In den der Grenze zunächst gelegenen Bahnhöfen in Oesterreich wird die Reise-Unterstützung von

nachbenannten Verwaltern ausgezahlt: Bregenz: Alfred Roth, Gasthaus zum Rohren (am Postmarkt) (6-7 ab., Sonnt. 11-12 vorm.). — Budweis: Th. Casouret, Graßnerstr. 158a, bei Lobus (12-1/2 mitt.). — Eger: Gg. Kämpf, Martinstraße 18, I, gegenüber der Kaiserburg (12-1, 7-8, Sonnt. 12-1). — Freiwaldau: Johann Padwiger, Buchelsdorf, Sonnengasse 157 (12-1 mitt., 6-7 abds., Sonnt. 12-1 vorm.). — Innsbruck: Ignaz Lun, Innrain 12, II (1/2-1/2 abds., Sonntags 10-11). — Pardubitz: Franz Krcal, Spoleca knihtiskarna (11-12 mitt., 5-6 abds., Sonntags Smilgasse 333). — Pilsen: K. Weber, Jungmannstraße 42 (4-7 nachm., an Sonntagen 6-7 abds., Sonntags 12-1 mitt.). — Reichenberg: Oskar Paschke, Herberge der vereinigten Genossenschaften, Friedländerstr. 23 (Wochentags 6-7 abds., Sonnt. 11-12 mitt.). — Ried (Znnkreis): Ferd. Rothauer, nur an Wochentagen (nach vorheriger Anmeldung in der Preisvereinsdruckerei, I. Stock im bürgerlichen Bräuhaus, Hofmarkt 27 (6-7 abds.)). — Salzburg: F. E. Pictl, Gasthaus zum Steintore, Giselplatz 17 (6 abends.). — Schärding: Alois Strelb, im Hause der Verpflegsstation (6-7 abds.). — Teplitz: Jof. Tofche, Gasthaus zum Engelberg, Marktplatz (6-1/2, Sonnt. 11-12). — Teschen: Hugo Lauber, im Genossenschaftsgasthause, Neustadtgasse 21 (1/2-1/2 abds., Sonnt. 1/2-1/2 nachm.), gegen vorherige Anmeldung beim Reisefassungsverwalter in der Hofbuchdruckerei Karl Prochaska. — Tetichen-Bodenbach: Jof. Wildner, Bodenbach, Rothberg (Röglers Haus) (1/2-7 abds., Sonnt. 11-12 mitt.). — Troppau: Jof. Koblischka, Ratiborerstr. 30, I (12-1, 6-7, Sonnt. 12-1).

Deutsche Buchdrucker und Schriftgießer!

Nachdem alle Vermittlungsversuche des Tarif-Amtes sowie der Zentrale der Schriftgießereibesitzer Deutschlands und der der Gehilfenschaft mit den Leipziger Schriftgießereibesitzern erfolglos geblieben sind, sieht sich die unterzeichnete Kommission veranlaßt, diejenigen Leipziger Schriftgießereifirmen bekannt zu geben, welche ein Eingehen auf die Arbeitsbedingungen, die von allen Gießereifirmen Deutschlands als recht und billig anerkannt sind, abgelehnt haben; es sind dies die Firmen:

Böttger, Alinhardt, Numrich, Hühl, Scheller & Giesede.

Wir rechnen in unserm Kampfe auf die Solidarität aller Verbandskollegen, namentlich aber derjenigen, welche auf den Ankauf von Schriftgießereierzeugnissen einen Einfluß ausüben in der Lage sind.

Berlin.

Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands.

Gesangverein Gutenberg, Halle a. S.

Zur Teilnahme an dem Sonnabend den 13. Februar im Etablissement **Wintergarten** und Sonntag den 14. Februar im Etablissement **Selleue** stattfindenden

25jährigen Stiftungsfeste

werden die hiesigen und auswärtigen Kollegen hiernit freundl. eingeladen.

Programm: Sonnabend den 13. Februar, abends 8 Uhr (**Wintergarten**) Begrüßung der Gäste. **Konzert** des Wohlharmonischen Orchesters und des Gesangvereins „Gutenberg“ Halle a. S. **Festrede.** Hall.

Sonntag den 14. Februar, **Große Matinee:** **Konzert** des vormittags 11 Uhr (**Selleue**); **Konzert** des Buchdruckereidirektorenvereins Halle a. S. **Vorträge der auswärtigen Gesangvereine.** **Mittagskost.** **Spaziergang.** — Abends 7 Uhr: **Abschieds-Kommers.** **Konzert.** **Plakat.**

Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen **Der Vorstand.**

Tüchtiger Schweizerdegen

nur erste Kraft, der sowohl an der Maschine wie insbesondere auch im Abzweigen nur beides leistet, vorerst und tüchtigen in seiner Tätigkeit und auch befähigt ist, den technischen Betrieb einer kleinen Druckerei zu leiten, wird bei gutem Gehalte sofort nach Süddeutschland gesucht. Werte Offerten von nur praktisch erfahrenen, tüchtigen Buchdruckern unter Angabe von Referenzen und Gehaltsansprüchen unter Nr. 488 an die Geschäftsstelle b. W. erbeten.

Flachstereotypen

Durchaus selbständig und perfekt in allen Arbeiten der Akzidenz- und Werkstereotypie, geübter Lektor und Plattenkorrigierer, sucht, gestützt auf Prima-Zeugnisse, Kondition. Geht auch ins Ausland. Werte Offerten mit Gehaltsangabe erbeten unter Nr. 485 an die Geschäftsstelle d. B.

Linotype-Setzer

per sofort in angenehme Stellung gesucht. Werte Offerten mit Angabe der Leistung und der Lohnansprüche erbeten an die **Kühnroter Zeitung, Kuhlort.** [490]

Maschinenmeister

als ersten. Derselbe muß im Abzweigen, Autotypie, Punkt- und Verdrück vielfach Gutes leisten und auch gute Charaktereigenschaften besitzen. Interessanten werden gebeten, ihr Alter anzugeben und Zeugnisse in Briefschrift unter Beifügung einiger selbstgefertigter Druckmuster, welche letztere im nichtpassenden Falle zurückgeschickt werden, uns zugehen zu lassen. **Druckerei der Postzeitung, Hildburghausen.** [493]

Maschinenmeister

vollständig vertraut mit Doppelmaschine Johannisberg und Kalzapparat, an hohes Arbeiten gewöhnt, findet zum 1. Februar Stellung. [499]

Es wollen sich jedoch nur tüchtige Kräfte melden, die nachweislich an Doppelmaschine längere Zeit gearbeitet haben. Werte Off. an die Buchdruckerei und Verlagsanstalt von **Wallbrecht & Co., Düsseldorf, Benratherstraße 6,** erbeten.

Insertionsfischer

sucht Stellung. Eintritt 14 Tage nach Engagement. Werte Offerten erbeten an **Paul Pöhl, Schriftsetzer, Zwenkau bei Leipzig.** [494]

Junger, tüchtiger Setzer [479]

in allen Sabarten bewandert, sucht event. sofort Kond. Werte Off. an **Ernst Selme, Gottesberg i. Schl., Riesensteinstr. 37.**

Älterer Korrekter Setzer

mit guten Sprachkenntnissen (perfekt englisch und französisch, auch für schlechte Manusk.) sucht in Berlin Stellung, event. als Korrektor. Werte Offerten unter N. S. 21 postl. Baumfchulenweg bei Berlin erbeten. [482]

Tüchtiger, solider Setzer (25 Jahre alt), für Zeitung, Inserate und leichte Abzweigen sucht sofort oder später dauernde Kondition. Schleswig-Holstein bevorzugt. Werte Offerten unter S. K. 486 an die Geschäftsstelle d. W. erb.

Deutscher Buchdrucker-Kalender

für 1904

von Ludwig Rexhäuser.

Preis 1 Mk.

Verlag von Radelli & Hille, Leipzig Salomonstrasse 8.

Verehrliche Vereinsvorstände

bittet, statt für die Leipziger Schriftgießerei zu anderen, betriebl. wohlthätigen Zwecken als von mir aufgestellten Kartenerkaufbedingungen zu benutzen. [491]

A. M. Watzulik, Altenburg.

Durchaus gediegene Gutenbergpostkarten

(4 verschiedene Karten in einem Kuvert für 20 Pf.) zu bestellen und dabei ohne weitere Zahlung irgend einem wohlthätigen od. nützl. Zweckes den Dienst zu erweisen, sollte niemand versäumen. Erhältlich bei jedem Vereinsvorsitzenden resp. Kassierer. Ein Nachdruck der Karten wird nicht stattfinden. [492]

A. M. Watzulik, Altenburg.

Praktische Erfahrungen an der Linotype.

Preis 60 Pf. Von **Ernst Genssen, Quedlinburg, Hinter der Mauer 3.** [498]

Chemnitz. Anträge zu der am 13. Februar abzuhaltenden **Generalversammlung** sind bis zum 31. Januar beim Vorstande einzureichen. **Der Vorstand.** [497]

Lübeck. Die **Ordentliche Generalversammlung** wird Sonnabend den 30. Januar abgehalten. Anträge sind bis zum 27. Januar beim Vorstande einzureichen. Tagesordnung geht den Mitgliefern durch Zirkular zu. [490]

Zwickau. Sonnabend den 23. Jan. im **Gelbde:** **Generalversammlung.**

T.-D.: 1. Aufnahme; 2. Jahresbericht des Vorstandes; 3. Vortrag der Jahresrechnung und Mitgliebersprechung derselben; 4. Beratung einer event. Erhöhung des Ortsbeitrages; 5. Neuwahl der Gesamtverwaltung; 6. Beschlußfassung über ein Falschungsvergügen; 7. Vereinsangelegenheiten.

Die Mitgließer werden darauf aufmerksam gemacht, daß unentschuldigtes Fehlen in dieser Versammlung laut Statut mit 50 Pf. bestraft wird. **Der Vorstand.** [495]

Insertions-Bedingungen: Biergepasteur Nonpareille, Zeile 25 Pf., Stellen-Angebote, Geluche u. Vereinsanzeigen bei direkter Zusendung die Zeile 10 Pf. — Belegnummer 5 Pf. — Die sämtlichen Beiträge müssen bei der Aufgabe der Anzeigen entrichtet werden. — Offerten ist Freimarke zur Weiterbeförderung beizufügen.

Biergepasteur Nonpareille, Zeile 25 Pf., Stellen-Angebote, Geluche u. Vereinsanzeigen bei direkter Zusendung die Zeile 10 Pf. — Belegnummer 5 Pf. — Die sämtlichen Beiträge müssen bei der Aufgabe der Anzeigen entrichtet werden. — Offerten ist Freimarke zur Weiterbeförderung beizufügen.

Zahlreiche * * *

*** Anerkennungen!**

Aufträge durch 10-Pf.-Postanweisung erb.



Broche mit Buchdrucker-Wappen. Natürl. Größe. Gegen Einsendung v. 2,95 Mk. Fr.-Zusendung. In Extra-Etui 10 Pf. mehr.

Graphische Verlags-Anstalt P. Goldschmidt, Halle a. S.

Graphischer Anzeiger gratis u. franko.

Paul August Brenner freier Typograph der Wiener Presse in Wien, wolle seine Adresse der Geschäftsleitung dieses Blattes unter Nr. 500 bekannt geben.

Todes-Anzeige.

Nach längerem Schmerzenslager verstarb am 12. Januar unser lieber Kollege, der Setzer

Adolf Bisselbach

im Alter von 28 Jahren und 5 Monaten. Dem so früh Dahingeshiedenen wird allezeit ein ehrendes Andenken bewahren

Strassburg, den 18. Januar 1904.

Der Bezirksverein Strassburg i. Els. [488]

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel)

Kohlgartenstrasse 48

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Wörterbuch der Buchdrucker und Schriftgießer.** Etwa 1700 fachgeverbl. u. fachgeschichtlich Wörter und Redensarten, sprachlich und sachlich kurz erläutert von E. Zinnick, 1.20 Mt. München, J. Univ.-Konversations-Verlag. Neue Ausgabe. Geb. 5 Mt.